

Marburg. Klar für die Zukunft.

**Programm der Marburger SPD
zur Kommunalwahl 2016**

Inhaltsverzeichnis

Marburg. Klar für nachhaltige Finanzen	2
Marburg. Klar für Bürgerbeteiligung	5
Marburg. Klar für Stadtentwicklung	7
Marburg. Klar für Innovation	12
Marburg. Klar für Einzelhandel und Dienstleistungen	14
Marburg. Klar Universität und Wissenstransfer	17
Marburg. Klar für Tourismus	20
Marburg. Klar für gute Arbeit	22
Marburg. Klar für gutes Wohnen	25
Marburg. Klar für Mobilität	30
Marburg. Klar für digitale Stadt	36
Marburg. Klar für soziales Miteinander	38
Marburg. Klar für gute Bildung	46
Marburg. Klar für kulturelle Vielfalt	51
Marburg. Klar für neue Energie	55
Marburg. Klar für Umwelt und Natur	58
Marburg. Klar für Brandschutz, Feuerwehr und Lebensrettung	62
Marburg. Klar für Bewegung	64

Marburg. Klar für nachhaltige Finanzen

Es stimmt: Marburg geht es finanziell gut. Das soll auch so bleiben. Denn die städtischen Finanzen sind solide, die Haushalte ausgeglichen, die Schulden vergleichsweise gering. Trotzdem verlangen die kommunalen Finanzen unsere Aufmerksamkeit. Sie sind die Grundlage für alle weiteren Entwicklungen in unserer Stadt.

Worauf wir aufbauen

Auf der einen Seite stand die kluge und vorausschauende Finanzpolitik unseres sozialdemokratischen Kämmerers Egon Vaupel. Schulden wurden über viele Jahre abgebaut und Zinsbelastungen gesenkt. Die Neuverschuldungen in den letzten Jahren erschienen uns deshalb vertretbar, weil ein historisch niedriges Zinsniveau eine Kalkulation für die Zukunft ermöglichte, durch die die Belastungen durch neue Schulden begrenzt bleiben.

Das gelang, obwohl die CDU-geführte Landesregierung seit Jahren ihre unseriöse Haushaltspolitik auf Kosten der Kommunen finanziert. Der kommunale Finanzausgleich, der eigentlich die Finanzierung der Kommunen sicherstellen soll, führt zu dauerhaftem Mangel. Die Landesregierung hat die Förderung für Sport, soziale Hilfen, die Unterstützung von Vereinen und das kulturellen Leben zu freiwilligen – also Luxus-Leistungen erklärt. Entsprechend wird die Steuerzuweisung an die Kommunen gekürzt. Für uns aber gehören genau diese Leistungen zum Kernbereich der städtischen Aufgaben. Marburg ist schon seit vielen Jahren „Nettozahler“: Wir geben an das Land und an den Kreis mehr Geld zurück, als wir durch Zuweisungen erhalten. Hätte Marburg dieses Geld behalten können, wäre unsere Stadt schuldenfrei.

Die andere Seite der kommunalen Finanzpolitik wurde durch eine gesunde und weitgehend konjunkturunabhängige Wirtschaftsstruktur mit dem starken Pharmastandort Behringwerke und Finanzdienstleistungen geprägt. Hinzu kommen viele kleine Gewerbesteuerzahler. Dies zu sehen ist wichtig, denn in kaum einer anderen hessischen Kommune ist der Anteil der Gewerbesteuer an den Einnahmen des Haushalts so hoch wie in Marburg.

Eine weitere wichtige Botschaft aller Haushalte der letzten Jahre war: Der Ergebnishaushalt, der die laufenden Einnahmen und Ausgaben einschließlich Zinszahlungen und Abschreibungen abbildet, war immer ausgeglichen. Auch das soll in Zukunft so bleiben. Es muss ein "No-Go" bleiben mit Schulden oder "Kassenkrediten" die laufenden Ausgaben finanzieren. Der ausgeglichene Haushalt erhält uns die Gestaltungsfreiheit, die wir für eine sozialdemokratische Politik für Marburg auch in Zukunft brauchen.

Wir wollen nicht, dass der Regierungspräsident mit Haushaltssicherungskonzepten in die Gestaltung unserer Ausgaben und Einnahmen hineinregiert und sogenannte freiwillige Leistungen für Sport, Vereine, Kunst und Kultur streicht oder dass uns vorgeschrieben wird, Steuern, Abgaben und Gebühren zu erhöhen. Was das bewirkt, sehen wir seit vielen Jahren an Nachbarkommunen. Kürzungen, Schließungen von Schwimmbädern, Einschränkung von Öffnungszeiten, höhere Eigenanteile, ob im Kindergarten, für Klassenfahrten oder für die Nutzung von Sportanlagen.

Unser Weg

Wir sind überzeugt: eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik, ein ausgeglichener Haushalt und eine solide wirtschaftliche und damit auch finanzielle Basis sind die Garanten dafür, dass auch in Zukunft sozialer Ausgleich und Gerechtigkeit, Teilhabe, Integration und Investitionen in die Zukunft das Zusammenleben in Marburg prägen und damit die Stärken unserer Stadt in der Region Mittelhessen bestimmen. Wir blicken zuversichtlich auf die Herausforderungen der kommenden Jahre und gestalten die weitere Entwicklung mit Selbstbewusstsein und Vertrauen in die finanzielle und damit soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir werden in den kommenden Jahren gemeinsam mit unserem neuen Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies unsere kommunalen Finanzen weiter umsichtig gestalten.

Unser Plan für Marburgs Zukunft

Wir können uns in der Gestaltung unserer künftigen Haushalte nicht von den Entwicklungen in Land und Bund abkoppeln. Verantwortungsvolle kommunale Finanzpolitik, die Handlungsspielräume dauerhaft erhalten will, muss sich immer auch der Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit bewusst sein. Auch hierbei gilt selbstverständlich: Niemand darf überfordert werden.

Die Finanzpolitik der Marburger SPD für die kommenden Jahre ist von folgenden Leitlinien geprägt:

- Wir gehen unseren eigenen Weg und wehren uns auch weiterhin gegen Einflussnahmen des Landes auf die Definition dessen, was als kommunale Aufgaben und Sicherung der Daseinsvorsorge angesehen wird und damit gegen die Einflussnahme des Landes auf die Gestaltung kommunaler Haushalte.
- Die Förderung des Sports, der Kultur, der Chancengleichheit und der sozialen Infrastruktur ist und bleibt für uns Pflichtaufgabe.
- Wir gestalten kommunale Leistungen, Steuern, Abgaben und Gebühren unter den Gesichtspunkten der städtischen Leistungsfähigkeit, der Förderung des Wirtschafts- und Bildungsstandorts Marburg, der sozialen Gerechtigkeit und der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben in der Stadt.
- Die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen muss in einem nachhaltigen ausgewogenen Verhältnis stehen. Ein ausgeglichener Haushalt ist für uns keine abstrakte Zahlenspielerei, sondern Grundlage für politische Gestaltungsmöglichkeiten. Umsichtige Haushaltsführung sichert die finanziellen Mittel, die wir brauchen, damit Marburg vorangeht: Innovation, Bürgerbeteiligung, Mobilität und Unterstützung aller, die mit guten Ideen neue Wege für unsere Stadt und die Menschen gehen wollen.
- Wir investieren weiterhin auf hohem Niveau in die Zukunft unserer Stadt. Zugleich müssen wir darauf achten, dass neue Projekte, die in die Haushaltspläne aufgenommen werden, auch zeitnah abgearbeitet werden.
- Uns sind prosperierende Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und gute Umsätze generieren und damit für stabile und auf lange Sicht steigende Steuereinnahmen sorgen, wichtiger als kurzfristige Effekte von Gewerbesteuererhöhungen.
- Eine gerechte Besteuerung von Unternehmen und Kapitalgesellschaften ist und bleibt vorrangige Aufgabe des Bundes und kann lokal nicht ausgeglichen werden. Lokal verantwortlich zu handeln heißt, auch die langfristigen Wirkungen lokaler Finanzpolitik im Blick zu haben.

Auf dieser Basis arbeiten wir an der Umsetzung des Programms der Marburger SPD.

Marburg. Klar für Bürgerbeteiligung

Demokratie lebt vom Mitmachen. Das bezieht sich schon lange nicht mehr nur auf das Engagement in Parteien und die Teilnahme an Wahlen. Selbst über die Geschicke des Stadtteils, Quartiers, Dorfes oder wichtige Fragen der Stadtentwicklung zu bestimmen, ist Ausdruck von Teilhabe und damit für uns als Marburger SPD ein selbstverständlicher Teil demokratischer Kultur in unserer Stadt.

Viele Verfahren der Beteiligung sind gesetzlich vorgeschrieben. Die Wahl und Zusammensetzung der Beiräte zum Beispiel. Und auch wer wann und wie im Verlauf von Bauverfahren informiert und angehört wird, ob es einen Bürgerentscheid geben kann und noch Einiges mehr.

Andere Beteiligungsmöglichkeiten haben wir selbst geschaffen: Agenda-Gruppen haben bei uns Rederecht in den Parlamentsausschüssen, das Kinder- und Jugendparlament sowie der Ausländerbeirat haben in der Stadtverordnetenversammlung ein eigenes Antragsrecht. Die Stadtteilgemeinden werden ähnlich der Ortbeiräte behandelt und bei anstehenden Planungsentscheidungen gehört. Außerdem bittet die Verwaltung von Entscheidungen betroffene Initiativen um ihre Stellungnahmen. Darüber hinaus hat sich in Marburg eine Kultur der »Runden Tische« etabliert, die zu besonderen Anlässen gebildet werden und gute Arbeit leisten. Ergänzt wird all das durch anlassbezogene Bürgerversammlungen und Stadtteilkonferenzen.

Das heißt: Neben den per Gesetz vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren gibt es viele Freiräume, die wir selbst gestalten können. Und an deren Weiterentwicklung wollen wir arbeiten. Bürgerbeteiligung heißt dabei auch, mit Konflikten umgehen zu können. Im Spannungsfeld zwischen Bürger, Verwaltung und Politik ist man nicht immer einer Meinung. Das wäre auch seltsam. Zu manchem Kompromiss ist die Verwaltung vielleicht nicht bereit, weil das Gesetz keinen Raum lässt. Der Politik fehlt vielleicht in einer Entscheidung die möglicherweise entscheidende Perspektive eines sachkundigen Bürgers? Bürgerinnen und Bürger, die sich zu einem Thema einbringen, kennen vielleicht nicht die langen Vorgeschichten und bereits abgeschlossenen Planungsschritte oder auch die dahinter stehende Grundidee.

Klar ist, Mitmachen braucht ein Miteinander – vor allem ein Miteinander-Reden. Der Gesprächspartner muss ernst genommen und dessen Beitrag auch respektiert werden. Sich gegenseitig bewusst sein, dass alle an einer bestmöglichen Lösung interessiert sind, ist die beste Grundlage gemeinsamer zielorientierter Lösungen. Dabei soll aber auch berücksichtigt werden, dass Bürgerinnen und Bürger, ehrenamtliche Politik und die Verwaltung mit dem Magistrat und dem Oberbürgermeister an der Spitze unterschiedliche Aufgaben und Funktionen haben. Sie alle müssen sich bei den Überlegungen zu bestehender oder künftiger Bürgerbeteiligung als Partner, nicht als Gegner begreifen. Das schließt Kritik nicht aus, sondern ermöglicht sie erst in konstruktiver Weise.

Auf dieser Basis wollen wir die Bürgerbeteiligung in der kommenden Wahlperiode neu aufstellen. Es wird ein lohnender Prozess sein, bei der gebotenen Wertschätzung bestehender Gremien und Akteure neue Formen von Beteiligung zu entwickeln und diese in die bestehenden Strukturen einzubringen.

Das sind unsere Grundsätze:

- Bürgerbeteiligung kann man nicht verordnen. Sie muss wachsen, und zwar in einem gegenseitigen Dialog zwischen Verwaltung, Politik und den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei soll es nicht darauf ankommen, ob die Menschen von Planungsprozessen konkret betroffen sind oder einfach jenseits von Parteimitgliedschaft und Vereinsbindung an der Entwicklung unserer Stadt mitwirken wollen. Wie künftige Strukturen und Möglichkeiten der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern aussehen können, muss gemeinsam entwickelt werden.
- Bürgerbeteiligung lebt von Transparenz! Deshalb wollen wir als Voraussetzung einer jeden Beteiligung, dass alle relevanten Informationen barrierefrei zur Verfügung stehen. Das bedeutet: Leichte Zugänglichkeit, verständliche Sprache, nachvollziehbare Strukturen von Verantwortung und Entscheidungsfindung.
- Bei alltäglichen Hinweisen, Beschwerden und Ideen sind wir schon auf einem guten Weg: Der „Mängelmelder“ der Stadtverwaltung funktioniert bereits eine ganze Weile. Der Dialog zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft muss weiter ausgebaut werden.
- Bürgerbeteiligung muss zu einem Mehrwert in der Qualität der Entscheidungsfindung führen. Statt „viele Köche verderben den Brei“ gilt: Wissen, Kompetenzen und Ideen zusammenführen, ist der Weg.
- Bürgerbeteiligung gilt für alle: Nicht nur für die „Experten“, die die Kniffe der Gesetze und Regelungen kennen und auch noch die Zeit haben, sich auch in schwierige Angelegenheiten hineinzulesen. Alle die von den Entscheidungen betroffen sind und alle die sich für das Thema oder konkrete Projekt interessieren, müssen die Gelegenheit haben mitzumachen. Wie? Auch das soll Teil der gemeinsamen Beratungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik sein. Nicht über die Köpfe der Menschen hinweg wird entschieden, sondern mit ihnen.
- Beteiligung muss zu den Menschen kommen. Es reicht nicht, wenn in der Presse eine Anzeige geschaltet ist oder dass Unterlagen in einem städtischen Amt ausliegen. Wir wollen u.a. Informationsveranstaltungen, Bürgerworkshops, Planungszellen, mobile Info-Strukturen vor Ort. Wir wollen nicht warten bis sich Betroffene melden, sondern auf sie zugehen – nicht als Verpflichtung, aber als offenes, ernst gemeintes Angebot.
- Schließlich müssen wir uns darüber verständigen, wer welche Verantwortung hat. Wer moderiert? Wie viel Verbindlichkeit steckt in Prozessen der Beteiligung? Wer trifft letztlich die Entscheidungen? In einem offenen Diskussionsprozess muss die jeweilige Rolle der verschiedenen Akteure – Beiräte, Agenda-Gruppen, Ortsbeiräte, Stadtteilgemeinden, Initiativen, Interessengruppen und andere – bestimmt werden.
- Hierüber wollen und müssen wir uns mit allen Bürgerinnen und Bürgern verständigen. Wir haben kein abgeschlossenes Konzept. Wir haben aber eine Vorstellung davon, welchen Weg wir gehen sollten, damit Verwaltung, Politik und Bürgerinnen und Bürgern unsere Stadt fair und partnerschaftlich gut gestalten können.
- Klar ist für uns auch, dass wir für funktionierende Bürgerbeteiligung die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellen und tragfähige Strukturen schaffen müssen.

Marburg. Klar für Stadtentwicklung

Grundsätze unserer Stadtentwicklungspolitik

Stadtentwicklungsplanung ist abgestimmtes Handeln für alle kommunalen Bereiche. Unter sozialdemokratischer Führung wird seit Jahrzehnten eine verantwortungsvolle Stadtentwicklungspolitik für Marburg betrieben. Auch in Zukunft werden wir dafür sorgen, dass sich unsere Stadt durch maßvolle Projekte weiterentwickelt und dabei lebens- und liebenswert bleibt.

Passgenaue Stadtentwicklung

Globalisierung, Zunahme kultureller Pluralität, demographischer Wandel und auch die Anforderungen der notwendigen Energiewende stellen zusätzliche Anforderungen an die Marburger Stadtentwicklung und die Infrastrukturplanung. Die Umsetzung und passgenaue Angebotsstrukturen für alle Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft werden im sich verschärfenden Wettbewerb der Städte und Regionen immer wichtiger. Deshalb nimmt die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Umland immer mehr zu. Marburg braucht sein Umland und die Region braucht ihr Oberzentrum Marburg.

Sicherung und Schaffung von Infrastruktur

Die Sicherung der bestehenden und die Schaffung neuer, zukunftsweisender Infrastruktur wird auch weiterhin wesentliche Aufgabe der Marburger Stadtentwicklungsplanung sein. Dabei sind die Zielbereiche Wohnen, Arbeit und Wirtschaft, Bildung und Kultur, Umwelt und Erholung, Telekommunikation und Breitbandversorgung sowie eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur bestmöglich aufeinander abzustimmen. Verkehrliche Beziehungen dürfen keinesfalls Selbstzweck sein, sondern Verkehr soll verschiedene Einrichtungen miteinander verbinden - so bequem und so umweltfreundlich wie möglich.

Von überragender Bedeutung für die Marburger Stadtentwicklung ist unverändert die Philipps-Universität einschließlich des Klinikums sowie der international bedeutsame Pharmastandort in Marbach und am Görzhäuser Hof. Auch der Einzelhandel mit seinen Geschäften, das örtliche Handwerk, die vielen, oft innovativen Dienstleistungsbetriebe und die hohe Lebensqualität der Stadt mit ihren Schulen und vielfältigen weiteren Bildungseinrichtungen, das kulturelle Leben in all seinen Facetten und das attraktive Stadtbild prägen das Oberzentrum Marburg entscheidend.

Zielgerichtete Maßnahmen

Unter sozialdemokratischer Verantwortung wird es auch weiterhin von der allgemeinen Stadtentwicklungsplanung bis hin zum konkreten Bebauungsplan nur zielgerichtete Projekte mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl geben. Unternehmen und Handwerk können sich darauf verlassen, dass wir auch künftig alles tun werden, um die heimische Wirtschaftskraft zu stärken und die Arbeitsplätze zukunftssicher zu machen. Bauliche Entwicklungen und verkehrliche Neuerungen müssen zugleich zum Stadtbild passen und den Stadtcharakter wahren. Das gilt für die Nordstadt mit der Bahnhofstraße ebenso wie für das Umfeld der Elisabethkirche oder den Rudolphsplatz und das Südviertel.

Verbesserung der Verkehrsanbindung

Marburg ist ein starkes Oberzentrum in Mittelhessen und liegt zwischen den Ballungsräumen Frankfurt / Rhein-Main und Kassel. Dieser Lagevorteil muss im regionalen und überregionalen Wettbewerb noch besser zur Geltung gebracht und dadurch verkehrlich auf Schiene (Verbesserung der IC-Anschlüsse) und Straße umgemünzt werden. Sowohl in regionalen Zusammenschlüssen wie dem Regionalmanagement Mittelhessen GmbH als auch in überregionalen Gremien werden wir die Interessen unserer Stadt deutlich vertreten und unsere Möglichkeiten nutzen, um auf die Regional- und Landesplanung im Sinne des Oberzentrums Marburg Einfluss zu nehmen.

L(i)ebenswerte Innenstadt

Der besondere Charme und die Attraktivität der Marburger Innenstadt liegt in ihrer Vielfalt: Bewohner und Besucher aller Altersgruppen, Touristen, Studierende, Beschäftigte, Kundinnen und Kunden des Einzelhandels, der Dienstleister oder Gesundheitseinrichtungen - sie alle sind Teil der Marburger Innenstadt. Die Marburger SPD setzt sich dafür ein, dass diese Mischung, die sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt hat, weiter besteht und sich weiter entwickelt. Die Innenstadt muss ein attraktiver Ort zum Wohnen, Arbeiten, Verweilen und Leben bleiben. Folgende Eckpunkte sind uns dabei wichtig:

- Erhalt historischer Bausubstanz.
- Erhalt der öffentlichen Infrastruktur sowie von Dienstleistungen und Einzelhandel.
- Familien- und Generationenfreundlichkeit.
- Gute Mobilität für alle.
- Bewahrung einer sozial ausgewogenen Bevölkerungsstruktur.
- Leistungsfähige Breitbandanschlüsse.

Erhalt der Bausubstanz

Der von Einheimischen und Gästen als besonders liebenswert empfundene Charakter der Altstadt darf nicht zerstört werden. Für die notwendige Infrastruktur und den Erhalt der Bausubstanz muss gleichermaßen gesorgt werden. Da die Marburger Altstadt vor Jahrhunderten unter ganz anderen Bedingungen gebaut wurde, ist ein vernünftiger Ausgleich der verschiedenen Interessen wichtig. Dies ist auch in Zukunft eine Herausforderung für die Entwicklung unserer Stadt.

Nicht nur die Oberstadt und Weidenhausen mit der Straßenführung und vielen Baudenkmalern aus dem Mittelalter, auch die großen denkmalgeschützten Gesamtanlagen Südviertel und Biegenviertel sind unbedingt schützenswerte Beispiele für die hohe Wohn- und Lebensqualität in Marburg.

Entwicklung Nordstadt

Nach dem großen Erfolg der Sanierung in der Oberstadt und in Weidenhausen wird nun die Nordstadt baulich und in ihrer Infrastruktur verbessert. Erste Erfolge sind deutlich sichtbar. Der neue Campus Firmani und das Verwaltungs- und Schulungszentrum der DVAG werden für die Entwicklung bestimmend sein. Die Marburger SPD unterstützt beide Vorhaben, denn sie bieten große Chancen für die weitere Entwicklung nach dem Abzug der Institute und Kliniken der Universität. Mit dem 2015 völlig modernisierten barrierefreien und zum Bahnhof des Jahres ausgezeichneten Hauptbahnhof einschließlich des neugestalteten Bahnhofsvorplatzes hat die Stadt endlich ein angemessenes

Eingangstor erhalten. Wir haben die Chance, die in Gang gekommene gute Entwicklung in der Nordstadt zwischen Deutschhausstraße, Wehrdaer Weg und Hauptbahnhof voranzubringen. Nicht nur die bauliche Verbesserung, auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung des Einzelhandels gehören dazu. Zugleich werden wir dafür Sorge tragen, dass die Sozialstruktur in diesem Bereich erhalten bleibt. Dies alles geschieht in enger Kommunikation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie dem neuen Ortsbeirat Campusviertel.

Stärkung der Innenstadt

Die Stärkung bzw. Wiederbelegung der Innenstadt war für die Marburger SPD eine der wichtigsten Aufgaben der Stadtentwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten. Daran wird sich auch in der Zukunft nichts ändern.

Marburgs ausgedehnte Einkaufsbereiche vom Bahnhof über Ketzerbach, Oberstadt, Rudolphsplatz zur Universitätsstraße, nach Weidenhausen bis zum Erlenring sind inzwischen besser miteinander verbunden. Mit den Ideen aus dem Ideenwettbewerb für die Neugestaltung des Rudolphsplatzes werden sich das Stadtbild und die Infrastruktur dort wesentlich verbessern. An der Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels gegenüber Einkaufszentren auf der "Grünen Wiese" wird die Marburger SPD auch künftig weiterarbeiten. Die Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereiche in der Oberstadt und in Weidenhausen haben sich bewährt und sind zur Selbstverständlichkeit geworden. Der Marktplatz ist nach wie vor der vielbesuchte Mittelpunkt unserer Stadt.

Aufgaben für die kommende Zeit sehen wir in der besseren Anbindung des Steinwegs an die Fußgängerzone, so dass damit auch die Verbindung zu den Geschäften rund um die Elisabethkirche verbessert wird. Mit der geplanten Erweiterung des Kaufangebotes durch ein stadtverträgliches kleines Center im Bereich Gutenbergstraße / Universitätsstraße werden Defizite in der Angebotsstruktur des innerstädtischen Einzelhandels behoben und die Konkurrenzfähigkeit mit benachbarten Städten erhöht.

Wohnen für Familien, Studierende und Senioren

Neben dem Erhalt innerstädtischer Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten hat die Marburger SPD immer darauf geachtet, dass Wohnen für Familien und für Studierende in der Marburger Innenstadt nicht nur möglich, sondern auch zu sozial ausgewogenen Mieten gewährleistet ist. Der Bebauungsplan für das Südviertel, das Zweckentfremdungsverbot für Wohnraum und eine vernünftige Verkehrsplanung haben dafür gesorgt, dass die Marburgerinnen und Marburger in der Innenstadt nicht nur einkaufen, sondern auch wohnen können, ältere Menschen sich wohlfühlen und Kinder ihren Platz finden.

Hohe Aufenthaltsqualität

Wir wollen den innerstädtischen Bereich als Lebens- und Arbeitsort mit hoher Aufenthaltsqualität für alle. Deshalb werden wir auch in Zukunft darauf achten, dass die vorhandenen Grünflächen und der alte Baumbestand geschützt bleiben. Wir wollen, dass die Innenstadt mit ihren Plätzen und Parks ein Ort vielgestaltiger gesellschaftlicher Aktivitäten ist. Gesellschaftliche und politische Veranstaltungen, Feste und Feiern (z. B. 3TM), Märkte (z. B. Elisabethmarkt, Weihnachtsmärkte), kulturelle Höhepunkte (z. B. Nacht der Kunst): Sie alle gehören zu Marburg.

Die Marburger SPD wird auch in Zukunft diese Veranstaltungen ebenso unterstützen wie die vielfältigen Feste und Feiern der Stadtteile und Quartiere sowie der Stadtteilgemeinden.

Stadtentwicklung: Unser Plan für Marburg

- Eine lebendige und attraktive Innenstadt für alle: Bewohner, Besucher, Touristen, Handel, Gewerbe und Dienstleister.
- Erhalt der Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt.
- Erhalt der Wohnqualität mit einer sozial ausgewogenen Struktur bei bezahlbaren Mieten.
- Familien- und generationengerechtes Wohnen, Miteinander von Jung und Alt.
- Fortführung der Aufwertung des Sanierungsgebiets Nordviertel und Neugestaltung des Rudolphsplatzes.
- Optimierung der Wegeverbindungen, besonders für Fußgänger und Radfahrer (z. B. Oberstadt - Steinweg - Elisabethkirche, neuer nördlicher Fußgängerweg bei Sanierung der Weidenhäuser Brücke).
- Leistungsfähige Breitbandversorgung für die gesamte Stadt.

Die Marburger SPD wird sich auch in Zukunft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt dafür einsetzen, dass die Marburger Innenstadt als l(i)ebenswerter Ort erhalten bleibt.

Stadtteile und Siedlungsentwicklung

In den Marburger Außenstadtteilen lässt es sich gut leben. Unter sozialdemokratischer Verantwortung haben sich nahe der Stadt dörfliches Ambiente und naturnahes Wohnen dank langjähriger, gezielter Dorfentwicklungspolitik sehr gut entwickelt. Historische Ortskerne wurden mit Mitteln aus entsprechenden Programmen schonend saniert. Oft war dies erst durch die Eigeninitiative der Menschen im Stadtteil selbst möglich. Die gezeigte Ortsverbundenheit und das rege Vereinsleben prägen nach wie vor viele der dörflichen Außenstadtteile und verdienen auch künftig unsere Unterstützung.

In die Außenstadtteile ziehen vormalige Kernstädter, die es gerne etwas ländlicher hätten, oder von außerhalb Stammende, die ruhigeres Wohnen nahe am städtischen Zentrum wünschen. Die ausgewiesenen Siedlungsschwerpunkte Bauerbach, Moischt, Schröck, Gisselberg, Einhausen und Michelbach sind mit verschiedensten Infrastruktureinrichtungen dafür recht gut ausgestattet. Diese Entwicklungen wollen wir weiter fördern, soweit es die Ortsbeiräte wünschen. Dazu gehört auch die Ausweisung von zusätzlichen Wohnbauflächen in den Siedlungsschwerpunkten, um es gerade auch jungen Familien zu ermöglichen, dort ihren Lebensmittelpunkt zu finden. Die SPD hat hier in den vergangenen Jahren beharrlich für eine Anpassung an bestehende Bedarfe gearbeitet. Gleichwohl muss auch in Zukunft darauf geachtet werden, dass es nicht zu Leerständen in den dörflichen Kernen kommt, sondern diese durch schonende Revitalisierungsmaßnahmen lebendig gehalten werden. Dabei wird künftig das IKEK-Programm (Integriertes kommunales Entwicklungskonzept), mit dem auch die Außenstadtteile Marburgs gefördert werden, eine besondere Rolle spielen.

Siedlungsentwicklung aus gesamtstädtischer Sicht muss weiterhin zwingend mit vorhandener oder zu ergänzender Infrastruktur verknüpft werden. Der zu erwartende zusätzliche Verkehr muss vom vorhandenen Straßen- und Busnetz verkraftet werden können und maßstäblich zum alten Orts- und Siedlungsbereich passen. Grundlegende Voraussetzungen sind Möglichkeiten einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung in bestehenden oder zu schaffenden Kindergärten und Grundschulen. Auch hat

Siedlungsentwicklung in dem von uns vertretenen Sinne immer mit möglichst schonendem Flächenverbrauch und dem Erhalt einer lebenswerten Umwelt zu tun.

Die Marburger SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Außenstadtteile an die Kernstadt durch Buslinien direkt angeschlossen sind und zwar auch in den Abendstunden. Denn für die Menschen in den Außenstadtteilen ist der Öffentliche Personennahverkehr in den kommenden Jahren ein zunehmend wichtiger Faktor für die Mobilität.

Die Sicherstellung der Nahversorgung in den Außenstadtteilen wird auch künftig nicht einfach sein, aber in Anbetracht des demographischen Wandels mit einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung immer wichtiger werden. Hier ist es notwendig durch neue Ideen Dorfläden in Kombination mit Dorftreffpunkten auch im Zusammenwirken mit Lebensmittelketten einzurichten und abzusichern, wie es in einigen Außenstadtteilen bereits angegangen wurde. Dabei ist es wichtig, dass auch die ortsansässige Bevölkerung mitzieht und auch tatsächlich in den jeweiligen Dorfläden einkauft. Diese Läden haben zudem immer einen Schwerpunkt in der Vermarktung regionaler Produkte und sollen das Bewusstsein für die Vernetzung von Produktion und Konsum vor Ort fördern.

Sicherung der Nahversorgung heißt aber auch, die Versorgung mit Dienstleistungen unterschiedlichster Art und den Zugang zu medizinischer Versorgung insbesondere für die alternden Menschen sicherzustellen. Die Marburger SPD wird sich verstärkt dafür einsetzen, dass die sich abzeichnende weitere Ausdünnung von Angebotsstrukturen auf dem medizinischen Sektor in den dörflichen Stadtteilen gestoppt wird. Nicht zuletzt sollen auch weiterhin soziale und kulturelle Angebote in den Außenstadtteilen abgesichert und unterstützt werden.

Unser Plan für Marburg:

- Abstimmung der weiteren Stadtteil- und Siedlungsentwicklung auf die vorhandene Infrastruktur.
- Sicherung bzw. Schaffung der Grundversorgung im medizinischen, kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich.
- Lebensmittelversorgung und Dorftreffpunkte einrichten und sicherstellen.
- Mobilität durch gut ausgebauten ÖPNV ermöglichen.
- Radwegeverbindungen von den Außenstadtteilen in die Kernstadt und der Stadtteile untereinander verbessern.
- Sicherung der Kinderbetreuungs- und Bildungsinfrastruktur in den Stadtteilen.
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Stärkung der Ortskerne vor Ausweisung neuen Baulands an den Dorfrändern.
- Behutsame Bauland-Ausweisung in den Außenstadtteilen zur Erfüllung der bestehenden Nachfrage.
- Flächenschonende Gestaltung von Neubau-Vorhaben.
- Versorgung aller Stadtteile mit schnellen Breitband-Internetverbindungen.

Marburg. Klar für Innovation

Wirtschaft, Universität und Wissenstransfer, Arbeiten

Unsere Vorstellungen für ein florierendes Marburg:

Tradition und Zukunft erfolgreich miteinander verbinden: Diese Stärke unserer Stadt wollen wir weiter voranbringen. Marburg ist ein guter Standort für Wirtschaft und Wissenschaft. Wir gehen voran, haben gute Rahmenbedingungen und das führt dazu, dass Unternehmen in Marburg investieren und Menschen hier gerne leben. Wir möchten, dass das so bleibt.

Marburg. Klar für Wirtschaft

Stadtentwicklung, Wirtschaftsentwicklung und gute Arbeitsplätze sind eng miteinander verknüpft und beeinflussen sich gegenseitig. Eine florierende Wirtschaft ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unserer Universitätsstadt Marburg und für eine erfolgreiche Stadtentwicklung. Sie ist die Voraussetzung für wachsende Beschäftigtenzahlen und die Schaffung neuer sowie die Sicherung bestehender Arbeitsplätze – und nicht zuletzt Basis einer gesunden Finanz- und Haushaltspolitik der Universitätsstadt Marburg.

Die Standorte der Behring-Nachfolgefirmer in der Marbach und am Görzhäuser Hof machen die positive wirtschaftliche Dynamik eindrucksvoll sichtbar. Die DVAG-Hauptverwaltung mit bundesweitem Schulungszentrum und Finanzfachschule belebt die Marburger Nordstadt. Die Gewerbeflächen in Afföller-Nord und in Cappel werden gut angenommen und auch an anderen Standorten vergrößern sich die Unternehmen. Auch im Dienstleistungsbereich ist ein Aufwärtstrend sichtbar. Und nicht zuletzt ist mit dieser Entwicklung die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Marburg in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen: von 35.089 im Jahr 2005 auf 40.963 im Jahr 2014. Das ist eine Steigerung von 16,7 %.

Dass dies so ist, dafür haben die SPD und Oberbürgermeister Egon Vaupel gesorgt und auch der neue Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies wird die erforderlichen Rahmenbedingungen weiter stärken. Die gute Struktur und Stärke der heimischen Wirtschaft hat wesentlich dazu beigetragen, dass Marburg weiterhin wirtschaftlich deutlich besser da steht als die meisten anderen Städte: und das nicht nur im Vergleich zu hessischen Kommunen, sondern auch deutschlandweit.

Der Pharma- und Gesundheitsstandort Marburg ist ein Garant unserer nachhaltigen wirtschaftlichen Stärke. Marburg ist der ideale Standort für ein Zentrum der Bio-, Gesundheits- und Life-Science-Wissenschaften.

Die Universitätsstadt Marburg ist ein starkes Oberzentrum in Mittelhessen. Wir werden den Wirtschaftsstandort weiter stärken und die Rahmenbedingungen ausbauen, damit bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue entstehen können. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk dem Standort der Behring-Nachfolgefirmer und der Philipps-Universität sowie dem Klinikum.

Dabei werden wir die kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht aus dem Blick verlieren. Produzierendes Gewerbe, Handwerk und Dienstleistungen mit zum Teil langer Tradition und engen Verflechtungen in die heimische Region gehören für einen gesunden Mix der in Marburg vertretenen Branchen und Betriebsgrößen dazu. Wir haben erreicht, dass gerade hier viele neue

Existenzgründungen erfolgen, die für die wirtschaftliche Zukunft der Stadt von großer Bedeutung sind.

Zu den guten Rahmenbedingungen für die weitere positive wirtschaftliche Entwicklung gehören auch eine lebenswerte und gesunde Umwelt, ein breites kulturelles Angebot und gute Bildungseinrichtungen, ein leistungsfähiges Gesundheitswesen und Wohnmöglichkeiten in allen Preissegmenten. Wir werden kontinuierlich daran arbeiten, dass sich die infrastrukturellen Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft auch durch gute Verkehrsanbindungen auf Schiene und Straße weiter verbessern.

Marburg. Klar für Einzelhandel und Dienstleistungen

Prosperierender Handel

Wir werden dafür sorgen, dass der Marburger Einzelhandel im Wettbewerb der Zentren konkurrenzfähig bleibt. Dafür hat die auf unsere Initiative erstellte Einzelhandelsstudie Marburg wichtige Ziele und Maßnahmen benannt. Das Einzelhandelsangebot der Marburger Innenstadt ist durch ein kleines Einkaufscenter (ehem. Allianzhaus) für mittelgroße Anbieter zu stärken. Eine Begrenzung der Ladenflächen nach unten muss gelten und die gesamte Verkaufsfläche darf stadtverträgliche 10.000 qm nicht überschreiten.

Die sensible Struktur und das eigene Ambiente der Marburger Oberstadt verdienen auch künftig unseren besonderen Schutz. Ladenleerstände sind in Marburg vergleichsweise gering und das muss auch so bleiben.

Die Handels- und Dienstleistungsstruktur der Nordstadt ist auf gutem Wege und wird mit uns durch die Campusentwicklung forciert und so zusätzliche Impulse erhalten.

Gegenüber der Stärkung der Einzelhandelsentwicklung in der Innenstadt hat die "Grüne Wiese" zurückzutreten. Die bestehenden bauplanungsrechtlichen Instrumentarien zur Steuerung der Sortimentsstruktur im großflächigen Einzelhandel der Außenbereiche haben sich bewährt.

Die Verlagerung von Kundenströmen hat im Biegenviertel und in Weidenhausen zu Rückgängen und Schließungen im Einzelhandel geführt. Für das Biegenviertel werden sich ohne Zweifel neue Chancen durch den Uni-Campus und der Stadthalle ergeben, um das Angebot an Dienstleistungen zu erhalten. Für Weidenhausen muss gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den ansässigen Gewerbetreibenden nach zukunftsfähigen Perspektiven gesucht werden, die dem Stadtteil eine neue Attraktivität ermöglichen.

Für die Versorgung der Marburger Außenstadtteile mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfes soll die bestehende Ladeninfrastruktur ebenso erhalten werden wie im Kernstadtrandbereich. Darüber hinaus wollen wir neue Initiativen in diesem Bereich unterstützen.

Unser Plan für Marburg:

Wir werden dafür sorgen, dass es für die heimische Wirtschaft, für das Handwerk und für Gewerbetreibende, für Standortunternehmen, die Universität, Dienstleister wie für den Handel bestmögliche Rahmenbedingungen gibt. Im Einzelnen:

- weitere Optimierung der überregionalen Verkehrsanbindungen auf der Schiene und der Straße.
- die qualitative Verbesserung des örtlichen Verkehrsnetzes.
- den Ausbau und die Weiterentwicklung der „One-Stop-Agency“ für ratsuchende Unternehmen und Existenzgründer im Rathaus: kurze Wege und schnelle, unbürokratische Lösungen!
- eine vorausschauende kommunale Bodenbevorratungspolitik zur Bereitstellung von Gewerbeflächen.
- die Sicherung der Erweiterungsmöglichkeiten für den Pharmastandort.
- eine kalkulierbare Gewerbesteuerpolitik..
- Unterstützung der mittelständischen Unternehmen, von Handwerk und Dienstleistungen.
- Unterstützung beim weiteren Ausbau der Bio- und Nanotechnologie als Zukunftstechnologien mit großen innovativen Potenzialen.

- Fertigstellung und Sicherstellung der digitalen Infrastruktur in allen Teilen der Stadt mit hochleistungsfähigen Breitbandverbindungen.
- Öffentliche WLAN-Spots an zentralen Plätzen in der gesamten Stadt.
- Sicherung des Einzelhandelsstandortes Marburg durch Steigerung der Attraktivität und Erreichbarkeit der Innenstadt und damit auch der Oberstadt.
 - Erhalt der kleinteiligen Einzelhandelsstruktur in der Marburger Oberstadt und Vermeidung von Leerständen.
 - Ergänzendes Einkaufszentrum im ehem. Allianzhaus, das die festgestellten Bedarfe für das Oberzentrum Marburg abdeckt und durch seinen Zuschnitt der Ladenflächen keine Konkurrenz zum bestehenden Einzelhandel darstellt.
- Ausbau des Einzelhandelsstandortes Marburg mittels der zügigen Erarbeitung und Umsetzung eines zukunftsweisenden Systems des lokalen und regionalen Online-Handels gemeinsam mit den Marburger Einzelhändlern, um den international arbeitenden Online-Versendern Paroli bieten zu können.
- die Förderung und Intensivierung der Zusammenarbeit von Wissenschaft an der Philipps-Universität und innovativen, forschungsorientierten Wirtschaftsunternehmen in der Region Marburg.
- Die Unterstützung für Existenzgründer und „Startups“ wie Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, auch aus der Universität.
 - Ausgründungen für die Fachbereiche Pharma-, Bio- und Nanotechnologie weiter fördern
 - CoWorkingSpaces (Büroräume und Infrastruktur für studentische StartUps) mit städtischen Mitteln und Anschluss an den Pharmastandort einrichten.
 - Ausbau der Beratung und Begleitung von Existenzgründungen und Bereitstellung preiswerter Räumlichkeiten für die Start-Up-Phase, z. B. in den Gründerzentren.
 - Absolventen der Universität stärker an Marburg zu binden und schneller in Berufe vor Ort zu vermitteln.
- Entwicklung neuer Handels- und Dienstleistungsfunktionen im Biegenviertel und weitere Aufwertung des Umfelds.
- Initiierung eines Entwicklungskonzepts für den Stadtteil Weidenhausen.
- Erhalt der Einzelhandelsstrukturen zur Versorgung mit Waren und Dienstleistungen in den Stadtteilen, insbesondere in Wehrda, Cappel und auf dem Richtsberg.
- Gute Nahversorgung in den Außenstadtteilen.
- Stärkung der Wochenmärkte, insbesondere auf dem Marktplatz und an der Elisabethkirche, und Weiterentwicklung der jahreszeitlichen Märkte.

Stadtmarketing

Wir haben ein fundiertes Stadtmarketing ins Leben gerufen. Wir begrüßen die Gründung des neuen Stadtmarketing Marburg e.V. mit dem Ziel einer attraktiven Innen- und Außendarstellung unserer Stadt: ein Aspekt, der für das Oberzentrum Marburg in einem Europa der Regionen immer bedeutender werden wird.

Unser Plan für Marburg:

- Stärkung des Stadtmarketings Marburg als zentrales Werbe- und Marketinginstrument in enger Zusammenarbeit mit den verschiedenen Branchen der heimischen Wirtschaft.
- Stärkerer Fokus auf ein Innenmarketing durch Verbesserung der Aufenthaltsqualität für Marburgerinnen und Marburger. Denn eine attraktive Stadt für ihre Bürger ist zugleich eine attraktive Stadt für alle.
- Erlebniseinkauf und Vermarktung der Innenstadt durch neue Projekte wie z.B. „Kunst im Raum“ oder „Lebende Geschichte(n)“.
- Die Erfolgsgeschichte des Marburg-Gutscheines soll fortgesetzt werden.
- Ein ganzheitliches Konzept für die Vermarktung der gesamten Stadt.
- Stadtteilspezifisches Marketing für einzelne Quartiere um deren Besonderheiten besser hervor zu heben.
- Lokaler Onlinehandel und Stärkung regionaler Produkte.
- Wir wollen darauf achten, dass auch genügend Parkplätze für die Alltagsbedürfnisse der Innenstadtbesucher vorhanden sind. Neue innovative Formen von Parkmöglichkeiten sollen geprüft und umgesetzt werden. Eine Parkplatz App, die den Parksuchverkehr reduzieren wird, soll entwickelt werden. Ebenso die Erweiterung des Parkleitsystems soll noch schneller voran getrieben werden.
- Die Baustellenkommunikation zwischen Bauamt, Straßenverkehrsbehörden, den ausführenden Firmen und den betroffenen Anliegern/Geschäftstreibenden soll weiter ausgebaut werden.
- Erstellung einer leistungsfähigen Marburg App mit mehreren Komponenten: Bürgerservice, Tourismus, Parkplatzfunktion und Online-Marktplatz sowie Kultur, Sport etc..

Interkommunale Zusammenarbeit

Wir stehen dafür, dass die Universitätsstadt Marburg ihre Rolle als wichtiges **Oberzentrum** der Region sichert und ausbaut.

Kommunale Wirtschaftspolitik macht an den Stadtgrenzen nicht Halt.

Die Möglichkeiten zur Vermarktung lokaler und regionaler Produkte müssen noch besser ausgeschöpft werden. Die Oberhessenschau als größte Regionalschau zwischen Frankfurt und Kassel hat großzügige Erweiterungsflächen erhalten und bleibt das besondere regionale Schaufenster des Oberzentrums Marburg. Die Region Marburger Land muss gemeinsam mit den beteiligten Umlandgemeinden weiterentwickelt werden. Der interkommunale Zusammenschluss "Marburg Plus" hat erste Grundsteine für eine gemeinsame Gewerbeflächenvermarktung gelegt und muss zügig vorangebracht werden. Das Gewicht und das Engagement in der Region Mittelhessen GmbH müssen zum Nutzen unserer Stadt verstärkt werden.

Unser Plan für Marburg:

- Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden im Landkreis.
- Ergebnisorientierte Mitarbeit in der LEADER-Region „Region Marburger Land“.
- Intensivierung des Engagements im Regionalmanagement Mittelhessen.
- Stärkung regionaler Produkte.

Mit Augenmaß und Feingefühl die Lebensbedingungen für die Menschen in Marburg gestalten und die Wirtschaft fördern: Diese Politik möchten wir fortsetzen und weiterentwickeln.

Marburg. Klar Universität und Wissenstransfer

Die Philipps-Universität ist für die Struktur und die Entwicklung unserer Stadt von überragender Bedeutung. Über 25.000 junge Menschen studieren an der Universität. Am Klinikum arbeiten rund 5.000 Menschen, an der Philipps-Universität knapp 4.000. Sie ist der wichtigste Wirtschaftsfaktor und der Motor der Stadt. Wenn es der Universität gut geht, geht es Marburg gut. Deshalb werden wir die Universität bei all ihren Vorhaben und Projekten bestmöglich unterstützen.

Neben einer erfolgreichen baulich-planerischen Zusammenarbeit wie für den Campus Firmani oder für die Lahnberge werden wir auch die inhaltliche Kooperation zum Nutzen des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Marburg weiter ausbauen, wie es mit dem Chemikum Marburg, der Initiative Biotechnologie und Nanotechnologie und anderen Projekten bereits vorbildlich gelungen ist.

Auch wenn Stadt und Universität aufs engste miteinander verwoben sind, liegt die Hauptverantwortung für die Entwicklung der Philipps-Universität beim Land Hessen. Ein großes Problem für die Universität ist weiterhin die Planungsunsicherheit sowie die Tatsache, dass die Philipps-Universität durch ihre zahlreichen, verteilten Standorte mit teilweise historischen Gebäuden im Vergleich zu anderen Universitäten besonders hohe Baulasten und Energiekosten zu tragen hat, ohne dass dies vom Land finanziell berücksichtigt wird. Die SPD verurteilt finanzielle Kürzungen und Verschiebungen von Mitteln, durch die Verbesserungen in der Lehre finanziert werden sollten, in den regulären Etat. Auch Personaleinsparungen finden unsere deutliche Kritik. Die Konsequenz ist eine höhere Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Verschlechterung der Studienbedingungen, das bedeutet, die Minderung der Qualität der universitären Ausbildung.

Darüber hinaus erleben wir eine Bevorzugung der südhessischen Universitäten durch die Landesregierung. Damit die mittelhessischen Universitäten sich gut entwickeln können, muss ihre Benachteiligung aufhören.

Wir verurteilen ebenso die Mittelkürzungen, die zu Einschränkungen in der Benutzbarkeit des Neuen Botanischen Gartens auf den Lahnbergen, zur Nichtbesetzung von Stellen und zur Vernichtung seltener Pflanzen geführt haben. Das Beispiel zeigt, dass die Universitätsstadt Marburg die Fehlleistungen des Landes Hessen nicht kompensieren kann. Trotzdem haben wir in den letzten Jahren versucht, mit zusätzlichen Mitteln aus dem Haushalt der Stadt Marburg den Erhalt des Neuen Botanischen Gartens zu sichern. Wir appellieren an alle, sich für den dauerhaften Erhalt dieser viel genutzten und beliebten Einrichtung einzusetzen.

Vor zehn Jahren wurde das Universitätsklinikum privatisiert. Das haben wir trotz breiter Proteste in der Bevölkerung nicht verhindern können. Wie in anderen Kliniken auch, erleben wir Arbeitszeitverdichtung und stagnierende Löhne durch Umschichtungen und Outsourcing. Die weitere Entwicklung des Klinikums werden wir deshalb kritisch begleiten und die SPD-Landtagsfraktion in ihrer Forderung nach Personalmindeststandards zum Wohle der Kranken und der Beschäftigten an der Seite der Gewerkschaften unterstützen. Zugleich werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Standort Marburg des UKGM gegenüber Gießen nicht benachteiligt wird. Medizinische Spitzenleistung und ein Vollversorgungs Krankenhaus für die Stadt und die Region gehören zusammen.

Die Entstehung des neuen Uni-Campus mit der zentralen Universitätsbibliothek mitten in der Stadt zeigt, wie sehr Stadt und Universität auch im Bereich der Stadtentwicklung miteinander verbunden sind. Diese Nähe erfordert eine gute Kooperation zwischen allen Beteiligten. Die Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahren sehr verbessert und sie hat ihre Tragfähigkeit unter Beweis gestellt.

Für Studierende zählt neben kulturellen und sportlichen Angeboten insbesondere bezahlbarer Wohnraum zu den wichtigsten Faktoren für eine gute Lebensqualität. Auch hier müssen wir feststellen, dass sich das Land Hessen jahrelang aus der Finanzierung neuer Wohnheime für Studierende zurückgezogen hat. Vor dem Hintergrund weiter wachsender Studierendenzahlen, die die Lage auf dem Wohnungsmarkt nochmals verschärfen, ist die Untätigkeit der Landesregierung skandalös: Die Universitätsstädte sind alleine gelassen.

Was wir tun können, tun wir: Über die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau werden wir weiterhin günstigen Wohnraum für Studierende zur Verfügung stellen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere hundert Wohneinheiten in der Stadt geschaffen und unsere Bemühungen um weiteren sozialen Wohnraum werden wir durch Förderungsprogramme unterstützen. Das von uns initiierte Wohnraumversorgungskonzept setzt deutliche Akzente mit umsetzbaren Maßnahmen. Da nicht alle Studierenden in der Kernstadt wohnen können, haben wir für eine leistungsfähige Breitbandanbindung in allen Stadtteilen gesorgt. Außerdem setzen wir uns für den weiteren Ausbau des ÖPNV ein, damit alle bequem zu ihren Instituts- und Vorlesungsstandorten gelangen können.

Wissenstransfer

Wir wollen, dass wir noch mehr aus der Verbindung Stadt und Universität machen: Wissenstransfer bedeutet nicht nur die Umsetzung von Know-how in marktfähige Produkte, sondern er betrifft alle Wissensbereiche. Diese außergewöhnliche Chance Marburgs wollen wir noch stärker nutzen und in die alltägliche Praxis der Stadtpolitik hereinholen. Der Wissenstransfer zwischen Stadt und Universität wird ausdrücklich auch durch Kooperationen von Studierenden, Stadtgesellschaft und Unternehmen gestärkt. So werden Ideen Wirklichkeit, von denen wir alle profitieren.

Ein Beispiel ist die Initiative Biotechnologie und Nanotechnologie e. V., die unter Vorsitz des Oberbürgermeisters, Egon Vaupel, gegründet wurde. Hochrangige Wissenschaftler und die Spitzen der forschungsorientierten Unternehmen in Stadt und Region arbeiten eng zusammen und Nachwuchswissenschaftler aus Marburg werden u. a. durch den neugeschaffenen Förderpreis unterstützt. Verschiedene Foren und neue, moderne Methoden der Vernetzung und des Wissenstransfers wie z.B. „Co-working-spaces“ sollen unterstützt werden.

Ein weiteres Beispiel ist das Chemikum Marburg, das als Instrument der Nachwuchsgewinnung schon jetzt große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat. Hier zeigt sich, wie durch verständlich aufbereitete, erlebte Wissenschaft das Interesse für Naturwissenschaften geweckt und wie eine Brücke zwischen Naturwissenschaft und Alltag geschlagen werden kann. Die SPD wird sich deshalb für die nachhaltige Förderung des Chemikums stark machen. Auch die bereits zum zweiten Mal bevorstehende Veranstaltung „campus marburg“ im Juni 2016 dokumentiert die gute Zusammenarbeit zwischen Universität und Stadtverwaltung. Hier wird Wissenschaft und die Institution Universität für alle Marburgerinnen und Marburgern lebendig erlebbar gemacht.

Unser Plan für Marburg:

- die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Universität weiter voranbringen.
- gemeinsame Entwicklung einer „Welcome-Kultur“ mit der Philipps-Universität Marburg und den Standortunternehmen mit flankierenden Maßnahmen für nach Marburg zuziehende Wissenschaftler, einschließlich des Ausbaus der „Dual-Career“-Projekte, um Lebenspartnern entgegen zu kommen und so exzellentes Fachpersonal für Marburg zu gewinnen.

-
- uns für die schnelle Umsetzung aller geplanten Bauprojekte im Zusammenwirken mit der Universität beim Land Hessen einsetzen.
 - beantragte Baumaßnahmen bei kommunaler Zuständigkeit schnellstmöglich bearbeiten lassen. Gute Kooperation zwischen Stadt und Universität im Bereich der Universitätsentwicklung – bei Bauvorhaben wie bei der Weiterentwicklung der Kompetenzen der Universität.
 - alle künftigen Entwicklungsmaßnahmen zwischen der Stadt und der Universität frühzeitig und intensiv abstimmen, um der Rolle der Universität in der Universitätsstadt gerecht zu werden.
 - eine attraktive Anbindung des Standorts Lahnberge mit Schnellbussen sowie mit Radschnellwegen realisieren. Wissens- und Technologietransfer gemeinsam mit der Universität in praktische Politik umsetzen.
 - die Unterstützung für Existenzgründer auch aus der Universität heraus zusammen weiterentwickeln.
 - eine Initiative starten, um die Chancen der Digitalisierung für die Stadt Marburg in enger Kooperation mit der Universität zu nutzen.
 - Gesicherte Hochschulfinanzierung für gute Forschung und Lehre und gute Arbeitsbedingungen des nichtakademischen Personals.
 - Personalmindeststandards für das Gesundheitswesen und damit Verbesserung der Krankenversorgung im Universitätsklinikum wie im Krankenhauswesen insgesamt.
 - Preiswerter Wohnraum für Studierende sowie ein weiterer Ausbau des ÖPNV, damit Wohn- und Studienorte bequem erreicht werden können.
 - Weitere Unterstützung des Chemikums als attraktivem Lernort.

Marburg. Klar für Tourismus

Tourismus belebt die Stadt. Dass die Übernachtungszahlen in Marburg stetig steigen ist kein Zufall. Die Weichen sind richtig gestellt. Im Stadtmarkenatlas 2014 erhält unsere Stadt Bestnoten. Sie wurde von den Befragten bundesweit als Hessens sympathischste Stadt bewertet. Und der unabhängige Stadtmarkenatlas bescheinigt für den Tourismus sogar noch Potenzial nach oben.

Mit dem Zusammenschluss der Marburg Tourismus und Marketing GmbH (MTM) und der Tourismus-Gesellschaft des Landkreises zur neuen „Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH“ (MSLT) sind wir auch für die Zukunft bestens vorbereitet. Tourismus ist ein Schlüsselfaktor für die Standortsicherung, für Arbeitsplätze und für die Lebensqualität in Marburg. Zusammen mit der Universität wollen wir für Bürgerinnen und Bürger sowie für Gäste in diesem Sinne auch das Potenzial des einmaligen Landgrafenschlosses neu und noch stärker nutzen

Als Wirtschaftsfaktor ist der Tourismus in Marburg nicht mehr wegzudenken. Deshalb setzt sich die SPD für den weiteren Ausbau touristischer Angebote ein.

Elisabethkirche, Schloss und Oberstadt ziehen jedes Jahr Besucherinnen und Besucher nach Marburg, die sich vom Charme des jung gebliebenen Ambientes anstecken lassen. Doch die Touristen von heute wollen mehr als eine historische Kulisse und Erinnerung. Deshalb muss Tourismusförderung immer wieder neue Wege gehen, um Zielgruppen anzusprechen und Menschen zu motivieren, nach Marburg zu kommen.

Eine weitere Herausforderung für den Tourismus, die die SPD in Marburg angehen will, ist die Bereitstellung von Unterkünften für jeden Geldbeutel. Mit dem Hostel im Bahnhof sind neue preisgünstige Unterkünfte entstanden. Es werden weitere preisgünstige Übernachtungsangebote ebenso gebraucht wie Unterkünfte für den immer wichtiger werdenden Tagungstourismus. Deshalb begrüßen wir die Idee eines innerstädtischen 2-3-Sterne-Hotels in Zusammenhang mit der Centerentwicklung und Schlosspark müssen für Ältere und Menschen mit Behinderung besser erreichbar werden. Das Projekt eines Schrägaufzugs von der Wasserscheide zum Schloss werden wir daher weiter voranbringen – andere Möglichkeiten einer besseren Anbindung werden geprüft, sind aber derzeit nicht in Sicht. Der Aufzug ist gerade für die Besucherinnen und Besucher Marburgs wichtig, damit das Schloss als eines der Marburger Wahrzeichen und der Schlosspark als Naherholungsgebiet für alle barrierefrei besser erreichbar wird. Die Marburger SPD wird in enger Absprache mit der Universität das Projekt „Aufzug zum Schloss“ so bald als möglich umsetzen.

Unser Plan für Marburg

- Die Oberstadt soll noch attraktiver werden, so dass sie für Touristen immer wieder neue Überraschungen bietet. Das Brüder-Grimm-Jahr mit seinen Installationen in der Oberstadt hat beispielhaft gezeigt, wie Kunst im öffentlichen Raum neue Entdeckungen ermöglicht.
- Weiterentwicklung der Stadtführungen, wie sie in den letzten Jahren bereits entwickelt wurden, z. B. durch zusätzliche Motiv- und Mottoführungen für bestimmte Zielgruppen und die erfolgreichen Kinderführungen.
- Erprobung neuer Formen von Stadtführungen für einzelne Zielgruppen. Beispiele sind multimediale Sightseeing Guides, die von Touristen selbstständig bedient werden können.
- Entwicklung spezieller Angebote für ältere und in ihrer Mobilität eingeschränkte Menschen

-
- Weitere Vernetzung von kulturellen und sportlichen Angeboten mit dem Tourismus. Dabei ist darauf zu achten, dass eine attraktive Mischung von wiederkehrenden und traditionellen Veranstaltungen (Elisabethmarkt, 3TM, Stadtmarathon u. a.), den neu eingeführten und erfolgreichen Themenjahren (Elisabethjahr, Marburg an die Lahn) und neuen Angebotsformen entsteht, in der Bewährtes seinen Platz behält und Neues entstehen kann.
 - Öffnung für Formen touristischen Reisens wie das Pilgern. Das Elisabethjahr hat gezeigt, dass es eine Renaissance des Pilgerns gibt. Marburg als historischer Pilgerort muss seine Potenziale nutzen. Hierbei setzen wir uns auch für entsprechende Unterkunftsmöglichkeiten (Pilgerherberge) ein.
 - Erhalt und Verbesserung der touristischen Infrastruktur. Ausschilderungen, Rad- und Wanderwege müssen in gutem Zustand sein, damit sich die Menschen leicht zurecht finden.
 - Die Marburger SPD will, dass Menschen aller Einkommensstufen in unsere Stadt reisen können und anschließend nur Gutes über ihren Besuch berichten.
 - Von der touristischen Anziehungskraft Marburgs sollen durch intensive Zusammenarbeit und die Entwicklung neuer touristischer Produkte auch die gesamte Region profitieren können.

Marburg. Klar für gute Arbeit

Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung

Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die Beschäftigten der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind kein Selbstzweck. Menschen haben einen Anspruch auf einen guten Arbeitsplatz, auf einen gerechten Lohn und auf Qualifizierung. Und die Beschäftigten sind auch als Konsumenten diejenigen, die mit ihrem Einkommen unsere lokale Wirtschaft und den Handel am Laufen halten. Die SPD steht an der Seite der Gewerkschaften, wenn es darum geht, gerechten Lohn und gute Arbeit einzufordern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht, muss eine Selbstverständlichkeit sein. Mit der Einführung des Mindestlohns ist ein Meilenstein für ein existenzsicherndes Einkommen gelegt worden.

Es ist dringend erforderlich, Männern und Frauen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie von Beruf und Pflege von Angehörigen weiter zu erleichtern. Deshalb begleitet die Stadt Marburg Initiativen familienfreundlicher Unternehmen. Sie geht aber auch selbst mit entsprechenden Modellen voran. Dabei gilt auch einer arbeitsplatznahen Kinderbetreuung in Zukunft unser besonderes Augenmerk.

Junge Menschen ohne Ausbildung haben fast keine Chance auf dem Arbeitsmarkt und damit auf dauerhaften Wohlstand. Zudem ist der Fachkräftemangel eine wachsende Herausforderung, für die wir alle Kräfte mobilisieren müssen. Inzwischen haben erwerbsfähige, hilfebedürftige Jugendliche unter 25 Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Ausbildungsplatz, eine Arbeitsstelle oder eine berufsvorbereitende Maßnahme. Wir wollen, dass alle Menschen bis 35 Jahren eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten.

In Marburg haben wir ein hohes Niveau bei überbetrieblicher Ausbildung und bei Aus- und Weiterbildung über Beschäftigungsgesellschaften. Diese Förderung wollen wir weiter fortführen. Darüber hinaus gibt es in Marburg vielversprechende Ansätze einer betriebsübergreifenden Ausbildung, in der junge Menschen ihre Ausbildung in mehreren kleineren Betrieben absolvieren, die alleine nicht in der Lage wären, einen Ausbildungsplatz anzubieten. Auch diese Konzepte verdienen die Unterstützung und Verstärkung.

Die Vermeidung von Brüchen in der Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsbiographie hat für uns oberste Priorität. Insbesondere der Übergang von der Schule in die Ausbildung / Beruf/ ist eine zentrale Schnittstelle. Hier entscheidet sich, ob Potenziale vergeudet werden oder ob junge Menschen, auch wenn sie Förderbedarfe haben, eine Perspektive entwickeln. Mit der städtischen Jugendberufshilfe, aktuell laufenden Projekten wie Justiq (Jugend stärken im Quartier), dem Regionalen Übergangsmanagement in der Olov-Strategie (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf), der vertiefenden Berufsorientierung in der Zusammenarbeit mit Schulen, Betrieben und Trägern und einer intensiven Zusammenarbeit in den lokalen Netzwerken haben wir gute Strukturen zur Unterstützung. Diese gilt es zu verstetigen und, wo notwendig, den sich immer wieder auch verändernden Herausforderungen anzupassen. Zudem darf die Unterstützung nicht an unterschiedlichen Zuständigkeiten und Förderlogiken (z.B. SGB II, II und VIII) scheitern, vielmehr ist die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit auszubauen. Eine besondere Herausforderung stellt zusätzlich die Beschulung von Flüchtlingen und die Förderung der Aufnahme von Ausbildungsplätzen dar. Unsere Berufsschulen sind stark engagiert. Wir erwarten vom Land, dass ausreichend Personal und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und leisten selbstverständlich einen deutlichen Beitrag aus unserer kommunalen Verantwortung heraus. Wir

setzen uns dafür ein, die Möglichkeiten der Aufnahme von Flüchtlingen in Schulen und jenseits der Schulpflicht zu verbessern, um auch älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine gute Bildung zuteil werden zu lassen.

In einer älter werdenden Gesellschaft werden wir das Wort vom „lebenslangen Lernen“ mit neuem Leben füllen – für berufliches Weiterkommen, zur persönlichen Entwicklung oder um gute Perspektiven für ältere Beschäftigte zu schaffen.

Eine wichtige Aufgabe besteht auch darin, Menschen in Marburg wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren – in Projekten, die nebenbei der sozialen Infrastruktur und dem Umweltschutz unserer Stadt dienen – durch Beratung, Beschäftigung, Qualifizierung und Vermittlung. Unter dem Eindruck von Kürzungen und stetigen Veränderungen der Arbeitsförderung durch die Bundesregierung und die Agentur für Arbeit müssen wir Möglichkeiten nutzen, die verbleiben, um Menschen gleich welcher Arbeitsbiographie den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Wir müssen auf kommunaler Ebene die aktive lokale Beschäftigungspolitik mit allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten fortsetzen. Qualifizierte, betreute Arbeitsgelegenheiten gehören dazu.

Die Marburger SPD setzt sich für alle Möglichkeiten ein, die uns in der Kommune gegeben sind, um gute Arbeit zu schaffen. Die städtischen Gesellschaften haben in den letzten Jahren hunderte neue Arbeitsplätze besetzt, auch für gering Qualifizierte. Die Stadt Marburg bildet aus.

Beschäftigungsförderung, Ausbildungsverbünde und Übergangshilfen in den Beruf werden von uns unterstützt. Diese Politik wollen wir fortsetzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind froh darüber, dass trotz der Notwendigkeit aktiver Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung die Mehrheit der Menschen in der Stadt ohne fremde Hilfe einen Ausbildungsplatz findet und jeden Tag einer gesicherten Arbeit nachgehen kann. Viele müssen dabei lange Anfahrtswege in Kauf nehmen, oftmals bis ins Rhein-Main-Gebiet. Dadurch ergeben sich hohe Belastungen, sei es für die Familie oder für ehrenamtliches Engagement und Freizeitaktivitäten. Deshalb ist es uns in der Marburger SPD wichtig, durch geeignete Rahmenbedingungen alles dafür zu tun, dass Arbeitsplätze in Marburg entstehen. Dass dies möglich ist, zeigt die Vergangenheit: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist von knapp 35.089 im Jahr 2005 auf 40.963 im Jahr 2014 gestiegen. Angesichts der Wirtschaftsstruktur sind dies überwiegend qualifizierte Arbeitsplätze.

Die Stadt und ihre Gesellschaften haben auch eine Verantwortung dafür, dass nicht nur für akademische oder höherschulische Ausbildungen Arbeitsplätze angeboten werden, sondern Arbeitsplätze für alle Berufsgruppen und auch für Menschen mit geringer Qualifikation. Die Stadt stellt solche Arbeitsplätze auch im Dienstleistungsbetrieb Marburg (DBM) zur Verfügung und stellt damit für den freien Markt ein Vorbild dar, das wir nicht aus der Hand geben dürfen. Die Bezahlung von Tariflöhnen in der Stadt Marburg und in den städtischen Gesellschaften ist für die Marburger SPD selbstverständlich. Wir setzen uns ganz klar dafür ein, dass bei der Vergabe städtischer Aufträge nur solche Unternehmen Berücksichtigung finden, die ihren Beschäftigten die tariflich geltenden Löhne zahlen.

Arbeit in Marburg war schon immer auf die drei großen Arbeitgeber konzentriert: Öffentliche Hand (Stadt Marburg, Landkreis, Land Hessen), Philipps-Universität mit Klinikum und Behringwerke bzw. deren Nachfolgeunternehmen. Auch viele der kleinen Unternehmen sind von diesen dreien abhängig – bis hin zum Einzelhandel, wie die Entwicklung in der Bahnhofstraße zeigt. Wir sagen aber ganz klar: Das Land Hessen muss sich seiner struktur- und beschäftigungspolitischen Verantwortung für das Oberzentrum Marburg bewusst bleiben. Der Abzug von Ämtern und Behörden bedeutet auch den

Verlust bzw. die Verlagerung von Arbeitsplätzen. Mittelkürzungen zu Lasten der Universität bedeuten den Verlust von Arbeitsplätzen. Dagegen wehren wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln!

In Zusammenarbeit mit der heimischen Wirtschaft sowie den Bildungs- und Beschäftigungsträgern wollen wir dafür sorgen, dass Flüchtlinge sich schnell in den Arbeitsmarkt integrieren können.

Unser Plan für Marburg:

- Wir möchten dafür sorgen, dass jeder junge Mensch unter 35 Jahren eine Berufsausbildung erhält. Dafür werden wir gemeinsam mit der Handwerkskammer, der IHK sowie den ausbildenden Betrieben, den Arbeitnehmervertretungen und weiteren Trägern nach Möglichkeiten suchen, damit noch mehr Menschen eine Ausbildung in Marburg beginnen können.
- Marburg ist ein Standort herausragender beruflicher Schulen. Wir werden auch künftig in ihre moderne Ausstattung investieren.
- Wir wollen, dass in Marburg jeder Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin eine Chancen auf Weiterqualifizierung erhält.
- Wir wollen, dass die wertvolle und innovative Arbeit der Beschäftigungsunternehmen wie der Praxis GmbH und Arbeit und Bildung in Kooperation mit der heimischen Wirtschaft und den Jobcentern erhalten bleibt. Die Abhängigkeit von Projektfinanzierungen muss vermindert werden.
- Gerade Menschen, die unsere Kinder betreuen oder Menschen pflegen, müssen dafür einen gerechten Lohn erhalten.
- Für Beschäftigte freier Träger gilt: Auch hier darf die Förderlogik und Ausschreibungspraxis von Projekten nicht dazu führen, dass sich die Abkopplung von der Tarifentwicklung fortsetzt und notwendige Flexibilität durch schlecht bezahlte Honorarkräfte sichergestellt wird.
- Wir fordern gesetzliche Personalstandards für alle Krankenhäuser einzuführen, damit der Wettbewerb um Personalabbau in der medizinischen Versorgung beendet wird.
- Und nicht zuletzt: Arbeiten, Studieren, Wohnen, Leben, Freizeit und Mobilität – das gehört zusammen.
- Migrantinnen und Flüchtlinge schnell in den heimischen Arbeitsmarkt integrieren und auf regionale Bedürfnisse hin qualifizieren. Wir wollen die Intensivierung der Zusammenarbeit der Kammern, Arbeitsförderung, Bildungs- und Beschäftigungsträger und der Stadt.
- Generell sollen Wirtschaft und Stadt stärker vernetzt werden und durch Gremien in die städtische Kommunalpolitik eingebunden und vernetzt werden. Die Wirtschaftsförderungskommission kann hier eine wichtige Aufgabe übernehmen.
- Innovative berufliche Bildung: Einführung neuer schulischer Ausbildungen, Erprobung neuer Formen der überbetrieblichen, geförderten Ausbildung.
- Ausbau der Kinderbetreuung als wichtigem Baustein der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Familienfreundlichkeit der Arbeitgeber: Entwicklung von Arbeitszeitmodellen, die eine Anpassung der Notwendigkeiten der Arbeitszeitgestaltung an die Interessen und Bedürfnisse der Familien ermöglichen.

Marburg. Klar für gutes Wohnen

Soziale und politische Verantwortung

Die Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse ist ein altes Ziel der Sozialdemokratie und nach wie vor aktuell. Kommunale Sozialpolitik war und bleibt deshalb immer auch Wohnungspolitik, d. h. die Errichtung von bezahlbaren Wohnungen insbesondere für Menschen, für die der freie Wohnungsmarkt keine bezahlbaren Angebote bietet. Dieses sozialpolitische Ziel zu erreichen: Dafür gab und gibt es die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Über fast zwei Jahrzehnte hatten sich Bund und Land aus der Förderung des "Sozialen Wohnungsbaus" weitgehend zurückgezogen. Zugleich fielen durch Ablauf gesetzlicher Fristen immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, d. h. Mieten konnten sich nach den Regeln des freien Marktes entwickeln. Wir müssen auch feststellen, dass die Kommune allein die Herausforderungen angesichts fehlenden Wohnraums für einkommensschwächere Menschen nicht mehr stemmen kann. Deshalb hat die SPD die Erarbeitung eines Wohnraumversorgungskonzeptes für Marburg auf den Weg gebracht. Dieses wurde im November 2015 von der Stadtverordnetenversammlung als verbindliche Leitlinie für die künftige Wohnraumversorgung in Marburg beschlossen. Darin sind nicht nur Ziele, sondern auch konkrete Maßnahmen für eine menschliche Wohnungsbaupolitik zusammengefasst nicht zuletzt als Basis für die Aushandlung von Zuschüssen von Land und Bund, damit jede Marburgerin und jeder Marburger eine ordentliche und bezahlbare Wohnung bekommt. Ziel ist nicht nur allen Menschen eine, sondern jedem seine Wohnung zu verschaffen.

Selbstbestimmung

Der fortlaufende demographische Wandel verschärft die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt weiter. Die typische 4- bis 5-Zimmer-Wohnung wird heute nicht nur von Familien mit Kindern nachgefragt, sondern auch von studentischen Wohngemeinschaften. Deshalb werden verstärkt kleinere Wohnungen für Singles und Paare benötigt sowie Wohnungen für ältere Menschen, die selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben wollen. Unter dem Stichwort Barrierefreiheit müssen nicht nur die baulichen Voraussetzungen für Blinde, Rollstuhlfahrer usw. geschaffen werden, sondern auch für ältere Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Und schließlich sollen sich neue Formen gemeinschaftlichen Wohnens zwischen Jung und Alt entwickeln. Und dafür wollen wir Möglichkeiten schaffen.

Die Marburger SPD setzt sich trotz aller Widrigkeiten mit aller Kraft dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine nach Lage, Preis, Ausstattung und Größe angemessene Wohnung finden können. Wir wissen, dass das Mietniveau auf dem Wohnungsmarkt weiterhin sehr hoch ist. Umso mehr sind wir gefordert, weitere bezahlbare Wohnungen zu bauen gerade auch unter teilweise schwierigen Bedingungen in der topographischen Beengtheit der Kernstadt.

Sozialer Wohnungsbau

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Sozialer Wohnungsbau für bezahlbaren Wohnraum in Marburg muss Vorrang vor ansonsten privilegierten Bauprojekten haben. Die Zweckbestimmung des Sozialen Wohnungsbaus ist unbedingt zu sichern: In den letzten Jahren sind viele Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen, weil die gesetzlichen Bindungsfristen ausgelaufen

sind. Deshalb müssen die bundes- und landespolitischen Anreize zur Neuschaffung von preisgünstigem Wohnraum erheblich verstärkt werden.

Zeitgemäßer Wohnraum zeichnet sich dadurch aus, dass die Raumaufteilung und Ausstattung einer Nutzung von Familien mit Kindern genauso gerecht wird wie älteren Mitbürgern oder Menschen mit Behinderungen. Barrierefreier oder barrierearmer Wohnraum ist trotz höherer Kosten im preiswerten Wohnraumsektor stark zu forcieren. Ergänzend ist die Steuerung der Belegung zu verbessern, um den besonderen Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden.

Neue Wohnformen

Neue Wohnformen zu erproben erfreut sich zunehmender Beliebtheit: Generationsübergreifendes Wohnen, gemeinschaftliches Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten, gemeinsames Älterwerden Alleinstehender stehen hoch im Kurs. Wir werden solche Projekte noch stärker unterstützen und fördern, weil sie wichtig sind, weil sie ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und weil sie vielleicht Entwicklungen vorwegnehmen, die in wenigen Jahren selbstverständlich sind. So können wir schon heute die Standards der Zukunft erproben.

Wohnraum für Studierende und Auszubildende

Eine weitere Herausforderung der Zukunft besteht darin, für Studierende ausreichende und bezahlbare Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Die Zahl der Studierenden in Marburg steigt seit einigen Jahren kontinuierlich an. Auch hier hat sich das Land Hessen unter der CDU-geführten Regierung seit vielen Jahren aus der Verantwortung gezogen: Seit Jahren sind keine neuen Studierendenheime entstanden. Der private Wohnungsmarkt wird den Bedarf aber nicht auffangen können. Bezahlbarer Wohnraum ist aber auch für die Attraktivität des Studienortes wichtig. Es wird deshalb auch darauf ankommen, dass die Außenstadtteile und Umlandgemeinden mehr Unterkünfte für Studierende zur Verfügung stellen können und dass es gute Verkehrsverbindungen (ÖPNV) sowie Breitbandinfrastrukturen gibt. Beides wurde in den letzten Jahren auf Initiative der SPD erheblich verbessert.

Auch auf dem Ausbildungsmarkt ist die Mobilität immer größer. Selbst bei geringer Ausbildungsvergütung werden Ausbildungsplätze weitab der elterlichen Wohnung angenommen. In der Berufsschulausbildung findet immer mehr Blockunterricht fernab der Ausbildungsstätten statt. Die Marburger SPD setzt sich deshalb dafür ein, auch für Auszubildende Angebote geeigneter, günstiger Unterkunftsmöglichkeiten zu entwickeln zum Beispiel über spezielle Wohnheime.

Nachhaltigkeit im Ressourcenverbrauch

Bei der Schaffung von neuem Wohnraum ist auch auf nachhaltigen Umgang mit Bauland und Baumaterialien zu achten sowie auf die Energieeffizienz der Gebäude. So genießt die intensive Nachverdichtung Vorrang vor der Ausweisung neuer Baugebiete. Auch die Umnutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude ist im Rahmen des Projekts "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" eine gute Alternative, zumal durch diese Maßnahme die alten Ortskerne unserer Außenstadtteile revitalisiert und gepflegt werden. Wir wollen alle Instrumente nutzen, die Nutzung von Wohnraum den Bedürfnissen der Menschen anzupassen.

Modernisierung

Die Erhaltung vorhandenen Wohnraums und die Modernisierung veralteter Gebäude mit nicht mehr zeitgemäßen sanitären Ausstattungen oder energetischen Mängeln müssen auch in Zukunft weitergeführt werden. Auch dies ist für uns Teil des Ziels, Wohnraum nach heutigen Standards für alle zur Verfügung zu stellen. Energetische Sanierung bedeutet zugleich immer eine Entlastung des eigenen Geldbeutels durch verminderte Energiekosten.

Soziale Stadt und Wohnumfeldverbesserung

Die Erosion sozialer Gefüge in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen ist eine Gefahr, die wir nicht nur mit Sorge betrachten, sondern der wir aktiv begegnen. Trotz bestehender Probleme ist es in den vergangenen Jahren gelungen, das negative Image einzelner Stadtteile positiv zu verändern. So ist das Projekt "Soziale Stadt" am Richtsberg in vielfältiger Weise überaus erfolgreich in stadtentwicklungspolitischer Hinsicht wie auch im Hinblick auf Wohnumfeldverbesserungen und sozialer Netzwerke gewesen. Dadurch konnten auch Sicherheit, Sauberkeit und die Wohnqualität im Stadtteil insgesamt verbessert werden. Für die Zukunft sollen in den Stadtteilen Waldtal und Stadtwald mit dem Projekt Soziale Stadt vergleichbare Fortschritte erreicht werden: bauliche und soziale Aufwertung. Durch zusätzliche Bebauung im Stadtwald und die Etablierung einer Nahversorgung gibt es für diesen Stadtteil zusätzliche Impulse. Am Richtsberg wollen wir den Erhalt des Erreichten sichern und die inzwischen etablierten Projekte zu einer eigenständigen Existenz verhelfen.

Unser kommunaler Träger des Sozialen Wohnungsbaus ist die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GeWoBau). Sie wird auch in Zukunft eine zentrale Rolle in der städtischen Wohnungspolitik übernehmen, um die städtische Verantwortung für das Grundrecht auf Wohnraum für alle nachhaltig zu sichern. Wir garantieren auch in Zukunft, dass in Wohnungen der GeWoBau, die aus der Sozialbindung fallen, die Mieten nicht angehoben werden.

Kommunale Wohnungspolitik: Unser Plan für Marburg

- Verbesserte Förderung des Sozialen Wohnungsbaus durch Bund und Land
- Preiswerter, bezahlbarer Wohnraum für alle.
- Erhalt der Sozialbindung im Sozialen Wohnungsbau - keine Mieterhöhungen nach Auslaufen der Sozialbindung.
- Einführung einer sozialen Quotierung bei allen größeren Wohnbauprojekten.
- Mehr Unterkünfte für Studierende, auch im Umland.
- Neue Wohnmöglichkeiten für Auszubildende.
- Überall schnelles Internet und attraktiver ÖPNV zur Steigerung der Wohnortqualität in den Außenstadtteilen.
- Barrierefreiheit / Barrierearmut als Grundprinzip des Wohnungsbaus.
- Förderung aller innovativen selbst bestimmten Wohnformen (z. B. gemeinschaftliches Wohnen von Jung und Alt).
- Förderung flexibler Formen des Wohnungsbaus, die sich der demographischen Entwicklung und den Lebenszyklen anpassen.
- Nutzung von Potenzialen einer behutsamen Nachverdichtung.
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung: Revitalisierung der Ortskerne in den Stadtteilen durch alternative Nutzung leer stehender Gebäude.

- Stärkung der Außenstadtteile durch angepasste Baulandentwicklung.
- Sicherung dessen, was über das Programm "Soziale Stadt" am Richtsberg erreicht wurde, und Fortsetzung im Waldtal und Stadtwald durch Verbesserungen im Wohnumfeld mit Gemeinwesenarbeit, sozialer Integration und sozialräumlicher Aufwertung.
- Eine kommunale Initiative, die dafür sorgt, dass notwendiger Denkmalschutz nicht dazu führt, dass Gebäude aus finanziellen Gründen einer Nutzung entzogen sind.

Stadtbild und Denkmalschutz

Marburg gehört zu den Städten in Deutschland, die nicht nur auf viele schützenswerte Baudenkmäler, sondern auch auf ein weitgehend erhaltenes historisches Stadtbild stolz sein können.

Diesem historischen Erbe fühlt sich die Marburger SPD verpflichtet und sie wird auch in Zukunft unter sozialdemokratischer Verantwortung die Zeugnisse der Geschichte erhalten und bei der Stadtentwicklung berücksichtigen.

Aufgabe einer verantwortungsvollen Stadtplanung ist es aber zugleich, die Entfaltungsmöglichkeiten der Bewohner auch in den historischen Stadtbereichen zu gewährleisten, denn Stadtentwicklung ist ein dynamischer und schöpferischer Prozess, der die unterschiedlichen sozialen Funktionen einer lebendigen Stadt berücksichtigen muss.

In Marburg arbeiten Magistrat und Denkmalschutzbehörden eng zusammen. Wir unterstützen die kritische und konstruktive Begleitung der Stadtplanung durch Denkmalbeirat und Gestaltungsbeirat, die noch weiter entwickelt werden soll. Lebhaftere Auseinandersetzungen um öffentliche und private Bauvorhaben in den vergangenen Jahren haben gezeigt, wie stark viele Bürgerinnen und Bürger am Erhalt und dem Erscheinungsbild der Stadt Anteil nehmen. Wir sind überzeugt, dass eine rege Bürgerbeteiligung an der Beratung aller für das Stadtbild relevanten Entscheidungen gut für unsere Stadt ist und wollen mit unseren Vorstellungen weiterhin zu diesen gemeinsamen Bemühungen zum Wohle Marburgs beitragen.

Im Rahmen der Altstadtanierung hat die Stadt Marburg unter sozialdemokratischer Führung bedeutende historische Bauten mit erheblichem Aufwand wiederhergestellt. Unzählige Wohnhäuser und öffentliche Gebäude wurden zu Schmuckstücken des historischen Stadtbildes. Dabei haben wir die Sozialverträglichkeit nie aus den Augen verloren und den sozialen Wohnungsbau in unser Konzept integriert.

Die Neugestaltung vieler Straßen, Gässchen und Treppen in der Oberstadt hat dazu beigetragen, den Eindruck einer alten, aber dennoch lebendigen Stadt zu unterstreichen. Diese Aufgabe muss weitergeführt werden, denn nicht alle infrage kommenden Straßen und Gassen in der Oberstadt konnten bisher erneuert werden.

Eine notwendig werdende Weiterführung der Sanierung muss auch in der Altstadt und in Weidenhausen – sofern ein Sanierungsbedarf besteht – gewährleistet sein. Dieses Konzept der Stadterneuerung wird nun erfolgreich in der Nordstadt fortgeführt.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die seit langem geplante Veröffentlichung der Denkmaltopografie Marburg, Band 1 endlich umgesetzt wird (der Band 2 ist unlängst erschienen), damit alle für den Denkmalschutz tätigen und interessierten Bürger eine fundierte Zusammenstellung aller Einzel- und Flächendenkmäler in Marburg zur Verfügung haben.

Die Marburger Sozialdemokraten setzen sich dafür ein, dass die wünschenswerte Energiegewinnung durch Solaranlagen auf Dachflächen in der Marburger Altstadt so behutsam vorgenommen wird, dass eine Beeinträchtigung des Stadtbildes ausgeschlossen ist.

Denkmalschutz und Pflege des Stadtbildes finden aber nicht nur in der Kernstadt statt. Wir wollen selbstverständlich auch die gewachsenen Ortskerne mit ihren zahlreichen Denkmälern erhalten. Die schönen vielgestaltigen Fachwerkensembles, die historischen Dorfkirchen sollen auch in Zukunft mit Sanierungsmitteln der Stadt gefördert werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass unsere Stadt für ihre Bewohnerinnen und Bewohner sowie für Studierende, Lehrende und Gäste anziehend und liebenswert bleibt.

Unser Plan für Marburg:

- Stadtentwicklung und Denkmalschutz miteinander vereinbaren.
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Stadtentwicklung, Denkmalbeirat und Gestaltungsbeirat.
- Bürgerbeteiligung bei allen für das Stadtbild relevanten Entscheidungen
- Notwendige Sanierungen in der Altstadt oder in Weidenhausen müssen weiterhin möglich sein, ebenso in den Ortskernen.
- Weitere Veröffentlichung zur Denkmaltopographie Marburgs.

Marburg. Klar für Mobilität

Verkehr in Marburg

Mobilitätspolitik muss die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmer berücksichtigen, ob sie zu Fuß, mit dem Rad, mit dem Auto unterwegs sind oder als Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs. Egal ob jung oder alt, mit Mobilitätseinschränkung oder ohne. Gegenseitige Rücksichtnahme ist dabei die Grundvoraussetzung, damit auch schwächere Verkehrsteilnehmerinnen und -nehmer den öffentlichen Raum gleichberechtigt nutzen können.

Mobilität muss heute die gesamte Reisekette berücksichtigen, um allen Personengruppen ein hohes Maß an Flexibilität zu ermöglichen. Eine einseitige Ausrichtung der Verkehrspolitik auf das Auto ist daher nicht zielführend.

Vielmehr muss Mobilitätspolitik darauf achten, dass diese nicht schon an der Bordsteinkante oder der Bushaltestelle endet.

Die Organisation des Verkehrs ist in einer Stadt, gelegen zwischen zwei Höhenzügen, mit dicht bebauten Altstadtarealen, einem Fluss, erhaltenswerten Grünflächen, der Eisenbahn, Außenstadtteilen, einer vierspurigen Bundesstraße und zudem einer aktiven und sehr mobilen Bevölkerung eine spannende Herausforderung. Diese Struktur ist wohl auch der Grund, warum manche Verkehrsdebatten in Marburg immer wieder und mit solcher Leidenschaft geführt werden.

Laut neuesten Studien wünschen sich über 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass man in der Stadt kaum noch auf ein Auto angewiesen sein muss, bei jungen Menschen (14- bis 17-Jährige) sind es sogar über 90 Prozent. Zudem gibt es nach einer Untersuchung des Umweltbundesamtes eine hohe Zustimmung für neue Mobilitätskonzepte in den Städten.

Dabei kann es aber nicht darum gehen, einzelne Verkehrsarten gegeneinander auszuspielen. Aufgabe ist es deshalb, ein integriertes Konzept für den Verkehr in Marburg zu entwickeln. Öffentlicher Personennahverkehr, Fußgänger-, Radverkehr, Carsharing und motorisierter Individualverkehr (MIV) müssen als Gesamtstruktur gesehen und aufeinander abgestimmt werden.

Parken ist in Marburg allenfalls ein vermutetes Problem. Die Zahl der Parkplätze ist kontinuierlich gestiegen und fast nie ausgelastet. Jahrzehnte der Klagen über angeblich fehlende Parkplätze waren für die Stadt wenig nützlich.

Wir haben Parkplätze. Allerdings gelingt es nicht immer, die vorhandenen Plätze zu finden. Deshalb wird das Parkleitsystem verbessert sowie eine Information über vorhandene Parkmöglichkeiten bereits an der Stadtautobahn erfolgen.

Geprüft werden muss, inwieweit die Parkplatzstruktur in der Innenstadt dem Bedarf entspricht. Vor allem ältere Mitbürger aus den Außenstadtteilen haben ein anderes Verkehrsverhalten als jüngere, dem Rechnung getragen werden muss. Dem steigenden Wunsch nach alternativen Angeboten wie Carsharing muss nachgekommen werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Eine große Zahl von Menschen in Marburg nutzt den Bus. Mobilität ist die Voraussetzung für Teilhabe: Wer nicht hinkommt, wohin er möchte, kann auch nicht mitmachen. Deshalb ist die konsequente Nutzerorientierung erste Aufgabe.

Marburg hat hier eine sehr gute Entwicklung genommen: Waren vor 15 Jahren die Außenstadtteile teilweise nur zweimal am Tag durch Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angebunden, fahren heute Busse im Stundentakt in alle Stadtteile. Unsere Stadtwerke leisten hier einen hervorragenden Job. Mit der Neufassung des Marburger Nahverkehrsplans, den wir als SPD intensiv begleitet haben, werden die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft gestellt.

Klare Qualitätsstandards machen den öffentlichen Nahverkehr attraktiv und bieten eine hochwertige Versorgung in der ganzen Stadt. In dem neuen Nahverkehrsplan hat die Marburger SPD maßgeblich diese Standards formuliert, um mit einer Qualitätsoffensive mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf den Bus zu bewegen. Dazu gehört vor allem eine bessere Ausstattung von Bussen und Haltestellen, insbesondere deren barrierefreier Zugang, um eine barrierefreie Reisekette zu ermöglichen.

Haltestellen und Fahrzeugen machen für die Nutzerinnen und Nutzer den ersten Eindruck aus. Der Zugang zum ÖPNV soll generell verbessert werden. Man soll sich willkommen und sicher fühlen. Verbesserungen bestehen schon durch das kürzlich an vielen wichtigen Haltestellen installierte neue Dynamische Fahrgast-Informationssystem (DFI), das minutengenau über die Abfahrt der Busse informiert.

Schnelle Verbindungen sind attraktive Verbindungen. Expressbus-Linien mit Halt nur an wichtigen Umsteigeknoten und Rendezvous-Haltestellen, können neben den bestehenden Buslinien eine Verbesserung des ÖPNV-Angebotes bieten. Hier kämen zum Beispiel die Verbindungen Wehrda – Innenstadt – Richtsberg, Cappel und besonders solche in Frage, die die Lahnberge leichter erreichbar machen. Die Schnellbuslinie 9, die die beiden Campusstandorte Lahntal und Lahnberge verbindet, hat sich bereits bewährt. Eine geforderte Seilbahn auf die Lahnberge dagegen ist keine realistische und schnell umsetzbare Option.

Ein Teil der Lichtsignalanlagen (LSA) im Stadtgebiet sind mit einer Busbeschleunigung ausgerüstet. Dadurch ist es möglich, den Busverkehr vor dem motorisierten Individualverkehr zu beschleunigen. Wir befürworten eine wirksame Beschleunigung des ÖPNV durch eine LSA-Beeinflussung auf allen Linienwegen bei allen LSA-Querungen.

Die Umstellung der AST-Bedienung auf ein Bussystem halten wir für sinnvoll. Das AST-Angebot wurde derart häufig nachgefragt, dass ein Einsatz regulärer Busse sich als sinnvoll erweist. Damit ergeben sich für die Fahrgäste verlässliche Abfahrtszeiten ohne Voranmeldung und barrierefreie Ein- und Ausstiege.

Der Südbahnhof ist für Pendler ein wichtiger Umsteigepunkt zum Schienenverkehr und im Busnetz.

Dieser Knoten ist von großer Bedeutung für die Stadtteile Richtsberg, Cappel, Südviertel, die Anbindung der Lahnberge und zukunftsweisend für Ockershausen/Stadtwald.

Der Ist-Zustand entspricht nicht mehr den modernen Anforderungen an den ÖPNV. Daher wird der Verkehrsknotenpunkt mit Bushaltestellen und der DB-Station modernisiert und zeitgemäß gestaltet. Wir wünschen uns des Weiteren einen generellen Halt aller RE/HLB-Züge am Südbahnhof und eine direkte Busverbindung von dort zum Stadtwald.

Ein günstiges und übersichtliches Tarifangebot sollte das Ziel sein. Für das Oberzentrum Marburg mit seinen vielen Gästen sind zusätzliche Tarif- und Fahrkartenangebote wie etwa Kombitickets (für Kulturelle Veranstaltungen, Messen usw.), Parkscheine mit ÖPNV-Ticket oder die Einführung einer MarburgCard mit Gültigkeit von 48 h und 72 h anzustreben. Ein erster Schritt in diese Richtung ist mit der Einführung von Kombi-Tickets für Veranstaltungen im ab Mai neu eröffneten Erwin-Piscator-Haus bereits getan.

Der Weg zur Schule mit dem ÖPNV darf nicht an Fahrtkosten scheitern. Ein für alle gerechtes Schuljahresticket vergleichbar dem Semesterticket für Studierende wäre eine mögliche Ergänzung des bestehenden Angebotes.

Eine ausreichende Zahl von Park&Ride-Anlagen ermöglicht es den Berufspendlern, Auto und öffentlichen Nahverkehr effektiv zu vernetzen. Park&Ride-Anlagen, sollen eine sinnvolle Kombination von Auto und dem öffentlichen Verkehr und ein konstruktiver Beitrag zur Lösung der innerstädtischen Verkehrsproblematik werden. Die Anlagen sollen in unmittelbarer Nähe an Bahnstationen und wichtigen Bushaltestellen liegen. Somit kann man schneller und bequemer in die Bahn und den städtischen ÖPNV umsteigen. Autoverkehr soll in der Innenstadt verringert werden, um die Luftqualität zu verbessern und Lärmbelastigung in der Stadt zu vermeiden. Die P+R-Anlagen sollen ausreichend Stellplätze zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn bereithalten. Geprüft werden sollten folgende Standorte auf ihre verkehrstechnische Anbindung ans ÖPNV-Netz: alte Universitäts-Bibliothek mit aufgestocktem Parkdeck, Georg-Gaßmann-Stadion, Afföller-Nord/Messeplatz.

Wichtiges Ziel ist es, das ÖPNV-System von Stadt und Landkreis zu harmonisieren und enger miteinander zu verzahnen. Die Umgebung von Marburg sollte stärker an das Stadtbusnetz angeschlossen werden.

Unser Plan für Marburg:

- Qualitätsoffensive für die Verbesserung der Haltestelleninfrastruktur und deren barrierefreier Ausbau.
- Expressbus-Linien.
- Um- und Ausbau des Südbahnhofs.
- Neue Ticketangebote wie z. B. Kombitickets, eine MarburgCard und ein verbessertes Schülerticket.
- Attraktivere Park&Ride-Anlagen.
- Bessere Verzahnung des ÖPNV von Stadt und Landkreis.

Radverkehr

Mobilität mit dem Fahrrad

Die Entwicklung des Radwegenetzes in Marburg ist durch Initiativen der SPD zügig vorangeschritten. Trotz der vielerorts schwierigen Topographie in unserer Stadt sind gut ausgebaute Radwege eine vorteilhafte Ergänzung des Verkehrsmittelangebotes. Gemeinsam mit dem Radverkehrsbeirat ist es unser Ziel, dass dem Radverkehr künftig noch mehr Verkehrsanteile gehören. Dabei gilt es, zur Verfügung stehenden Verkehrsraum zugunsten des Radverkehrs besser zu verteilen und die gegenseitige Rücksichtnahme der unterschiedlichen Verkehrsarten aufeinander zu verbessern. Deshalb hat die SPD dafür gesorgt, dass die Marburger Radverkehrsplanung in diesem Sinne grundlegend überarbeitet und fortgeschrieben wird. Im Sommer 2016 werden wir diese neue Radverkehrsplanung verabschieden und in die Umsetzung einsteigen und damit die erfolgreiche Radverkehrsplanung mit vielen neuen Maßnahmen fortsetzen.

Grundsätze im Radwegebau

Beim Neu- und Ausbau von Straßen sind Radwege und Radstreifen, wo immer möglich und das Straßenverkehrsrecht dies zulässt, vorzusehen, um ein immer dichteres Netz von

Radverkehrsverbindungen zu knüpfen. Dabei soll der Radverkehr baulich nicht vom fließenden Kraftfahrzeugverkehr getrennt werden. Deutliche ebenerdige Begrenzungslinien oder besondere farbliche Hervorhebungen des Belages von Radwegen entsprechen modernen Erfordernissen der Radverkehrsführung und erhöhen die Verkehrssicherheit für Radfahrer gegenüber baulich abgetrennten Radwegen. Jedoch kann es in verkehrsreichen Innenstadtstraßen im Einzelfall vorteilhaft sein, Radwege auch baulich getrennt zu führen.

Aus ökologischen Gründen ist Verbundpflaster asphaltierten Radwegen vorzuziehen. Für die jederzeitige Benutzbarkeit von Radwegen ist sowohl ihre regelmäßige bauliche Unterhaltung als auch die jeweils jahreszeitlich erforderliche Pflege zu gewährleisten, insbesondere Reinigung bei Laubfall im Herbst, Räum- und Streudienste im Winter und Freischnitt von in die Wege wachsenden Sträuchern im Sommer.

Neue Radwegeverbindungen

Der sehr entfernungsempfindliche Radverkehr erfordert je nach Start-Ziel-Relation neue zusätzliche Verbindungen. Dieses ist mit dem neuen Hirsefeldsteg für den Bereich des Hallen- und Freibades AquaMar und der Jugendherberge vorbildlich gelungen. Ziel bleibt weiterhin, zwischen Lahntal und Lahnbergen mit dem sich ausweitenden naturwissenschaftlichen Campus neue Radverkehrsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei kommen sowohl neue Radwegtrassen als auch Fahrradmitnahmevarianten im öffentlichen Personennahverkehr in Frage.

Das Radwegenetz im Marburger Lahntal und der Kernstadt ist durch Radwanderwege zu den Außenstadtteilen und den Nachbargemeinden zu ergänzen. Hervorragendes Beispiel dafür ist die vorbildliche Verlängerung des Radweges von Marburg-Bortshausen durch beharrliches Handeln der SPD. Bislang nur für landwirtschaftliche Fahrzeuge geeignete Feld- und Waldwege zwischen den Außenstadtteilen sollen mit einfachen Mitteln hergerichtet werden, um sie dem Radverkehr anbieten zu können.

Fahrradstadtplan und Wegweisung

Fahrradstadtplan und Hinweisschilder auf Radwegeverbindungen sind erforderlich, um auch Ortsfremden, z. B. Radtouristen, eine Orientierung im Marburger Radwegenetz zu ermöglichen, Fahrradabstellplätze zu finden und touristische Ziele ansteuern zu können. Deshalb haben wir den Marburger Fahrradstadtplan initiiert und werden ihn auch durch regelmäßige Überarbeitung und Ergänzung auf dem neuesten Stand halten. Damit in Abstimmung werden wir auch dafür sorgen, dass das bestehende Wegweisungssystem laufend ergänzt wird.

Weitere Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet und eine Fahrradstation am Hauptbahnhof mit der Möglichkeit zum geschützten und sicheren Abstellen, zum Reparieren und zum Mieten von Fahrrädern sollen eingerichtet werden. Bei der Einrichtung gegenläufig für den Radverkehr zugelassener Einbahnstraßen wurden auf unsere Initiative hin große Fortschritte gemacht, die laufend zu ergänzen sind.

Mobilität mit dem Fahrrad: Unser Plan für Marburg

- Erhöhung des Radverkehrsanteils am gesamten Verkehrsaufkommen durch attraktive Bedingungen für Radfahren in Marburg.
- Fahrradstreifen bei allen Neu- und Ausbauten von Straßen.
- Stete Unterhaltung der Fahrradwege, insbesondere im Herbst (Laub mit Rutschgefahr) und Winter.

- Verbesserung der Anbindung des Universitätsgeländes auf den Lahnbergen für Radfahrer durch Radschnellwege: Entwicklung neuer Radwege zwischen Stadt und Lahnberge sowie Verbesserung der Fahrradmitnahmemöglichkeiten im ÖPNV
- Aufwertung der topographisch schwierigeren West-Ost-Verbindungen für den Radverkehr
- Weitere Verbesserung der Orientierungshinweise für Radfahrer durch Karten und Wegweisung
- Engere Verknüpfung des Radwegenetzes in Marburg mit dem Landkreis und vermehrte Nutzung von Feld- und Waldwegen für den Radverkehr
- Ausbau eines Radweges von Lahntal-Sterzhausen über Michelbach, Dagobertshausen, Elnhausen, Haddamshausen bis Niederweimar
- Umfassende Fortschreibung der Radverkehrsplanung Marburg für eine nachhaltige Radverkehrspolitik
- Wir bauen Pedelec- und E-Bike-Verleihsysteme aus.

Vernetzen

Entscheidend ist, die verschiedenen Verkehrsmittel sinnvoll zu vernetzen, damit die Bürgerinnen und Bürger nach dem persönlichen Bedarf wählen und kombinieren können. Gerade die große Zahl junger Menschen in Marburg lebt mit multimodaler Verkehrsmittelnutzung, kombiniert also unterschiedliche Fortbewegungsformen.

Unser Plan für Marburg

- In Marburg-Mitte kann ein neuer attraktiver Umsteigeplatz entstehen: Mit der Aufstockung des UB-Parkplatzes, besseren Wegebeziehungen von dort zur Innenstadt, einer Radfahrstation nach dem Vorbild von Call-a-Bike und einer direkten Busanbindung auf Höhe des UB-Parkplatzes schaffen wir die zentrale Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsträger und -teilnehmenden.
- Wir brauchen ein Gesamtkonzept zur Verknüpfung von ÖPNV und Fahrradverkehr in Marburg.
- Wo neue Wohnungen entstehen, braucht es eine gute Busanbindung – ob in der Innenstadt oder in den Stadtteilen.

Regionaler und überregionaler Schienenverkehr

Marburg muss besser in den überregionalen Schienenverkehr eingebunden werden. Der Schienenverkehr ist unverzichtbarer Bestandteil des regionalen und überregionalen Verkehrssystems und für Marburg ein wichtiger Standortfaktor. Außerdem ist das Pendleraufkommen sehr groß. Jeden Tag fahren tausende Personen in das Rhein-Main-Gebiet und nach Kassel, gleichzeitig kommen auch viele Arbeitnehmer, Schüler und Auszubildende aus den benachbarten Gemeinden, aber auch aus dem Raum Stadtallendorf und Schwalmstadt nach Marburg.

Nicht nur die Berufspendler sind auf verlässliche und komfortable Bahnverbindungen angewiesen. Angeregt und unterstützt durch die Stadt gibt es seit Dezember 2014 neben weiteren Zügen eine schnelle stündliche Regionalexpress-Verbindung nach Frankfurt.

Endlich wurde mit dem Fahrplanwechsel 2015 / 2016 auch wieder eine regelmäßige stündliche Regionalexpress-Verbindung nach Kassel eingerichtet. Dies muss dauerhaft erhalten bleiben. Der nächste Schritt ist eine gute Umsteigeverbindungen in Kassel-Wilhelmhöhe von und nach Berlin.

Die durch die Zugehörigkeit zum Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) mögliche attraktive Verbundnutzung im überregionalen Verkehrssystem soll für Marburg auch in der Tourismuswerbung

stärker hervorgehoben werden. Wir wollen die Verlängerung der Regionalbahnen von Frankenberg und Biedenkopf zum Südbahnhof als weiteren Baustein für eine Verbesserung des Schienenverkehrs in Marburg. In allen Regionalbahnen muss es ausreichende Möglichkeiten der Fahrradmitnahme geben. Weiter setzen wir uns für eine bessere Bedienung durch Regionalbahnen abends und an den Wochenenden ein.

Kundenfreundlicher wäre es, wenn der Hauptbahnhof im gesamten Zeitraum abfahrender Züge am Morgen bis zum letzten ankommenden Zug in der Nacht geöffnet wäre.

Wir setzen uns dafür ein, dass wieder eine Regionalexpressverbindung auf der Strecke Marburg – Biedenkopf – Erndtebrück – Siegen – Köln eingerichtet wird.

Außerdem wäre es für die Bedeutung Marburgs und des mittelhessischen Raums angemessen, wenn die Stadt durch einige ICE-Verbindungen täglich mit Frankfurt sowie mit Hamburg und Berlin verbunden würde.

Wir wollen die Möglichkeiten einer Straßenbahn oder RegioTram für Marburg ohne Vorbehalte prüfen. Erste Punkte der Prüfung sollen sein: Bessere Anbindung der Stadt an den Gesundheits- und Universitätsstandort Lahnberge sowie die optimale Nutzung der vorhandenen Schieneninfrastruktur für den Nahverkehr durch einen neuen Haltepunkt „Marburg-Mitte“ zur besseren Erreichbarkeit der Marburger Innenstadt und einen Haltepunkt „Kaufpark Wehrda“. Wir fordern vom RMV und vom Land Hessen, den Fokus der Arbeit für ein modernes Verkehrssystem in den kommenden Jahren auf unsere Region zu legen. Lange genug liegt der Fokus auf der stetigen Verbesserung des Verkehrs in Rhein-Main. Die Prüfung von Straßenbahn und RegioTram soll Teil unserer Arbeit für ein integriertes Verkehrskonzept der Stadt werden. Eine RegioTram bietet den Vorteil der Verknüpfung des lokalen Nahverkehrs mit dem regionalen Bahnverkehr. Für Straßenbahn und RegioTram sprechen die hervorragenden Erfahrungen in der Region Kassel.

Unser Plan für Marburg:

- Sicherung der stündlichen Regionalexpress-Anbindung nach Kassel.
- eine Verlängerung der Regionalbahnen von Frankenberg und Biedenkopf zum Südbahnhof.
- ein besseres Angebot durch Regionalbahnen abends und am Wochenende.
- Regionalexpressverbindungen auf den Strecken Marburg – Biedenkopf – Erndtebrück – Siegen – Köln.
- einen ICE-Halt in Marburg.
- die Möglichkeiten einer Straßenbahn oder RegioTram für Marburg prüfen.
- Schrägaufzug (näheres bei Klar für Tourismus)

Marburg. Klar für die digitale Stadt

Chancen der digitalen Revolution nutzen

Die Informationstechnologien, elektronische Vernetzung und die Möglichkeiten des Datenaustauschs und der Kommunikation über elektronische Medien sind schon lange als digitale Revolution beschrieben worden. Web 2.0, Industrie 3.0 und viele andere Begriffe zeigen das. Dies alles basiert auf der technischen „Digitalisierung“, der Verfügbarmachung von Information und Kommunikation in digitaler, elektronischer Form.

In Marburg wurden unter der rot-grünen Koalition in den letzten Jahren wichtige Voraussetzungen geschaffen um die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen:

- Der Ausbau des Glasfasernetzes direkt in jedes Haus ist nahezu abgeschlossen. Schröck und Moischt folgen 2016. In anderen Stadtteilen und in der Kernstadt werden die Haushalte über das Glasfasernetz der Telekom einen nochmals deutlich schnelleren Zugang zur elektronischen Kommunikation erhalten.
- Im ÖPNV wurde das Dynamische Informationssystem eingerichtet, das endlich Informationen zum Busverkehr in Echtzeit ermöglicht.
- Der neue Internetauftritt der Universitätsstadt Marburg ist Teil der Gesamtstrategie, durch viele nützliche Apps (Einkaufen, Parken, Freizeit) und Nutzung elektronischer Kommunikation mit der Stadtverwaltung das Leben leichter zu machen.
- Das Konzept eines lokalen Online-Handels wurde bereits angestoßen.

Die Stärke Deutschlands - und dann ganz besonders einer Stadt der Bildung und Wissenschaft wie Marburg - liegt im Wissen und in den Fähigkeiten der Menschen, die Vielzahl der neuen Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen. Vernetzung und Kommunikation sind Schlüsselqualifikationen der Zukunft. Wir, die Marburger SPD, wollen diese Chancen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, des lokalen Handels, der Schulen und Bildungseinrichtungen, der Wissenschaft und der global aktiven Unternehmen am Standort Marburg ergreifen. Jetzt werden die Weichen gestellt, wie wir mit der Digitalisierung umgehen und wer den Prozess der Digitalisierung bestimmt: Große Konzerne, weltweit agierende „Datenstaubsauger“ mit Gewinnmaximierungsabsicht oder wir hier vor Ort.

Wir wollen den Prozess der Digitalisierung unserer Stadt und die damit verbundenen Chancen in unserer Hand behalten. Im Bereich der technischen Infrastruktur bieten sich die Stadtwerke als Partner an. Die Stadtwerke haben den Glasfaserausbau (FTTH) umgesetzt und die Internetnutzung durch Funksysteme ermöglicht, wo kein anderer Monopolist investieren wollte. Die Stadtwerke betreiben die ersten Hotspots für kostenfreies WLAN in der Stadt. Dafür wurden unsere Stadtwerke vom Verband kommunaler Unternehmen als innovativer Akteur ausgezeichnet.

Verantwortung für den Prozess der Digitalisierung übernehmen heißt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aber auch: Eine digitale Spaltung der Gesellschaft darf es nicht geben. Information, Kommunikation und Partizipation gibt es auch für diejenigen, die mit den neuen Möglichkeiten nicht mehr umgehen können oder möchten, zum Beispiel weil sie im höheren Alter sind, weil sie sich die technische Ausstattung nicht leisten können oder weil sie - aus welchen individuellen Gründen auch immer - der immer intensiveren Nutzung von Smartphones, Apps und ständiger Online-Verfügbarkeit kritisch gegenüberstehen. Hinzu kommt: Die Nutzung der elektronischen Medien verlangt Kompetenzen, die den Menschen nicht in die Wiege gelegt sind. Informationen müssen verstanden und eingeordnet werden können. Das ist eine Verpflichtung für

die Anbieter von Information, genauso wie für unser Bildungssystem, das Kinder, Jugendliche, genauso aber Erwachsene und Ältere für einen kompetenten Umgang mit elektronischen Medien fit machen muss. „Bildung“ muss auch diese Kompetenzen beinhalten. Risiken erkennen, Gefahren vermeiden, Möglichkeiten nutzen - das alles gehört zusammen.

Digitalisierung schafft auch neue Möglichkeiten in der Sprachförderung und der beruflichen Bildung. Diese gilt es im Sinne der Menschen zu nutzen. Wir werden eine Initiative starten, die Stadt und Bildungseinrichtungen zusammenbringt, um innovative Möglichkeiten des E-Learning zu entwickeln und umzusetzen und damit auch die Bedeutung Marburgs als Bildungs- und Wissenschaftsstandort stärken.

Unser Plan für Marburg:

- Flächendeckendes kostenloses WLAN, um überall auf Informationen zugreifen zu können.
- Entwicklung sinnvoller lokaler Apps für Handel, Freizeit, Kultur, Tourismus und Verkehr.
- Lokale Online-Plattformen für Handel und Wissenstransfer.
- Lokale Clouds für sichere Datenspeicherung.
- Verständliche Informationen aller städtischen Akteure und der Verwaltung, online zur Verfügung gestellt.
- Abwicklung möglichst vieler Aufgaben zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung online - Marburg 2.0 für schnelle Information, Kommunikation und Bürgerdialog.
- Ausstattung öffentlicher Gebäude mit Benutzerplätzen für Online-Nutzung.
- Stärkung der Medienkompetenz an Schulen.
- Initiative zur Entwicklung von E-Learning-Methoden in Schule, Sprachförderung und beruflicher Bildung.

Marburg. Klar für soziales Miteinander

Die SPD steht für eine solidarische Stadtgesellschaft, in der alle teilhaben am gesellschaftlichen Leben in der Stadt. Die kommunale Sozialpolitik der Marburger SPD ist ausgerichtet an den Prinzipien Inklusion, Vielfalt, Gleichberechtigung und Teilhabe.

Jede und jeder von uns kommt irgendwann in die Situation, das eine oder andere Angebot, Hilfe, Beratung und Unterstützung zu benötigen. Soziale Infrastruktur das sind: Kindertagesstätten und Nachmittagsbetreuung, Senioreneinrichtungen und Pflegestützpunkt, Jugendclubs und Familienzentren, Beratungsstellen und Gemeinwesenarbeit, Behindertenfahrdienst und Werkstätten, Krankenhäuser, Flüchtlingshilfe und vieles mehr.

Gutes Zusammenleben in unserer Stadt kann nur gelingen, wenn alle Menschen gute Rahmenbedingungen vorfinden. Unser Ziel ist es, diese über Jahre mit viel Geschick, solider Finanzierung und großer Verantwortung aufgebaute soziale Infrastruktur zu erhalten, sie zeitgemäß weiter zu entwickeln und dabei auch neue Schwerpunkte zu setzen, vor allem beim Thema Armut.

Dabei gilt: Vorbeugen ist immer besser als Reparieren. Deshalb werden wir konsequent die Strategie einer vorbeugenden Sozialpolitik weiterführen.

Die Stadtteile Waldtal und Stadtwald wurden in das Förderprogramm Soziale Stadt des Bundes und des Landes aufgenommen. Somit stehen – mit den Zuschüssen der Stadt Marburg – in den kommenden Jahren ausreichend Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur zur Verfügung. Wir wollen die Stadtteilentwicklung mit den Bewohner und Bewohnerinnen in deren Interesse vorantreiben.

Dazu zählen z. B. der Aufbau von Nachbarschaftszentren. Beim Gestalten und Verbessern der Qualität des Wohnens wollen wir bei der Umsetzung die Bürger mehr mit einbeziehen - Stichwort Bürgerbeteiligung.

Gute Nachbarschaften, Nahversorger, passender Wohnraum – auch für besondere Bedarfe –, eine gute Verkehrsanbindung, Kommunikationsmöglichkeiten und Treffpunkte gehören zur Ausstattung eines Stadtteils, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen und gut alt werden können. Im Zuge des demografischen Wandels muss zunehmend darüber nachgedacht werden eine sozial verträgliche Nahversorgung zu etablieren. Dazu gehört auch ein „Dorfladen“, der mit dem Nötigsten ausgestattet ist.

Um die Umnutzung und Neugestaltung der Bürgerhäuser zu zentralen Treffpunkten mit neuen Konzepten und Inhalten werden wir uns, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern kümmern mit dem Ziel „Leben in die Bude“ zu bringen!

Familien und Beruf – mehr als Kinderbetreuung

Marburg hat eine gute Struktur für Familien: Das Marburger Bündnis für Familie funktioniert. Die Stadtverwaltung gibt mit 286 verschiedenen Arbeitszeitmodellen ein gutes Beispiel ab, an dem wir mit Blick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern, Pflege und Beruf sowie auf die Situation von Alleinerziehenden weiter arbeiten werden. Mit dem Programm „Maribel“ begrüßen wir als Stadt Neugeborene und informieren Eltern über frühe Hilfen.

Ein besonderes Angebot muss die Sozial- und Jugendhilfe für diejenigen bereithalten, die besondere Unterstützung brauchen. Getrennt lebende Eltern brauchen frühzeitige und kreative Beratung und

Unterstützung, um Trennungskindern Konflikte zu ersparen und gute Bedingungen des Aufwachsens zu sichern.

Mit drei Erziehungsberatungsstellen und einem weiteren umfangreichen Beratungsangebot werden Eltern einfühlsam und kompetent unterstützt.

Marburg hat die am besten ausgebaute Betreuung für Kinder unter drei Jahren in Hessen. Auch für die Altersgruppe der Vier- bis Sechsjährigen gibt es für 70 Prozent einen Kitaplatz von 7 bis 17 Uhr – vor wenigen Jahren war das noch ein Drittel. Marburg gibt freiwillig jährlich 1,6 Millionen Euro mehr für Kinderbetreuung aus, als es nach dem unsäglichen „KiFöG“ (Kinderförderungsgesetz) des Landes vorgeschrieben ist. Das Angebot von Tagesmüttern ist unverzichtbar und verdient unsere Unterstützung.

Auch für Jugendliche hält die Stadt ein breites Angebot bereit, zum Beispiel die Jugendclubs. Und die neue Marburger Bildungsoffensive MaBison steht dafür, gemeinsam mit Vereinen und Trägern Kindern und Jugendlichen noch stärker als bisher gleiche Chancen auf sportliche, kulturelle und naturbezogene Teilhabe zu eröffnen – durch ganz konkrete Förderung.

Für die Zukunft wollen wir ein integriertes Beratungszentrum für Familien (Familienbüro) errichten, das ähnlich dem Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt für Seniorinnen und Senioren (BiP) organisiert ist: Beratung, präventive Hilfen, Unterstützung und Weiterleitung an besondere Angebote aus einer Hand. Wir wollen für Familien immer dann, wenn Unterstützung notwendig ist, einen gemeinsamen Ansprechpartner ermöglichen.

Unser Plan für Marburg:

- Gleichberechtigte Wahrnehmung von Elternzeit durch Väter und Mütter muss gefördert werden, und sowohl Mütter als auch Väter müssen für diesen Schritt Wertschätzung erfahren.
- Der weitere bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen bzw. die Entwicklung zu Ganztagschulen mit entsprechenden Präsenzzeiten ist auch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwingend erforderlich.
- Immer häufiger wird es notwendig, dass Männer und Frauen sich neben ihrer Berufstätigkeit – unterschiedlich in Dauer und Intensität – um pflegebedürftig gewordene Angehörige kümmern. Auf eine solche Situation müssen Arbeitszeitmodelle flexibel reagieren können.
- Alleinerziehende Männer und Frauen müssen wir z. B. bei der Suche nach der passenden Wohnung oder Betreuung unterstützen.
- Ein Familienbüro analog zum BiP als erster Anlaufpunkt für die Beratung und Unterstützung von Familien.

Gesundheit

Marburg ist die Stadt der Ärzte und Kliniken. Aber Gesundheit ist in erster Linie vom gesunden Leben abhängig. Friedliches Familienleben, gute Freundschaften und Nachbarschaften, gute, sinnvoll Arbeit eine intakte Umwelt und ein funktionierendes Sozialsystem sind wesentliche Grundlagen für ein gesundes Leben. Wir wollen Gesundheit fördern, damit wir weniger Krankheit heilen müssen. Dafür gilt es die guten Voraussetzungen in Marburg zu nutzen. Gemeinsam mit allen Akteuren und damit allen Qualifikationen und Erfahrungen, soll in Marburg das Projekt „Marburg gegen Krebs“ entwickelt werden. Wir wissen, dass arme Menschen früher sterben als reiche. Für Gesundheit gilt, wir werden daran arbeiten, dass alle Menschen die Chance auf ein langes Leben in Gesundheit haben. Deshalb

wollen wir ein Programm für Prävention und Gesundheitsförderung, das möglichst viele erreicht. Kinder und Alte, aber auch die Menschen in der Mitte des Lebens.

Unser Plan für Marburg:

- Die ärztliche Versorgung in den Stadtteilen muss erhalten bleiben bzw. es müssen Anreize für Ärzte geschaffen werden diese zu besetzen (alte Beine, kurze Wege).
- Bereitschaftsdienste müssen erhalten und ggf. ausgebaut werden.
- Das Programm „Marburg gegen Krebs“ soll entwickelt werden.
- Maßnahmen und Angebote zur Gesundheitserziehung und Beratung müssen gefördert bzw. initiiert werden. Daher sind präventive Maßnahmen immer wichtiger in unserem Leben.
- Die Entwicklung des UKGM liegt uns in diesem Zusammenhang sehr am Herzen. Das Angebot muss hier in der Region nicht nur erhalten sondern, wenn notwendig, ausgebaut werden. Die Qualität darf nicht aus Profitgründen auf Kosten der Patienten und der Ärzte und Pflegekräfte gehen. Das werden wir im Auge behalten.

Gut leben im Alter

Dank der guten Lebensbedingungen werden wir deutlich älter, bleiben länger fit und gesünder als unsere Vorfahren. Dies ist ein Segen für unsere Gesellschaft! Wir können viel mit den gewonnenen Jahren anfangen.

Aktive Altenpolitik muss genau das unterstützen und helfen, dass für jede und jeden aus den gewonnenen Jahren auch gute Jahre werden. Eine moderne Seniorenpolitik fördert die gestiegenen Ressourcen und Potenziale älterer Menschen zu gesellschaftlicher Mitgestaltung. Sie schafft die nötigen Rahmenbedingungen für ein „gutes Altern“. Hierfür haben wir zum Ende der letzten Wahlperiode die Grundsätze unserer Alterssozialarbeit beschlossen, die als Leitlinie dienen und viele Entwicklungsperspektiven aufzeigen.

Altenplanung ist ein Prozess, der an die sich ständig verändernde Situation, angepasst werden muss. Dabei sind die Bedürfnisse der Stadtteile mit ihren Bedürfnissen wie bisher einzubeziehen.

Mit dem Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt (BiP) am Rudolphsplatz wurde ein zentraler Anlaufpunkt für kostenlose, unabhängige und qualifizierte Informationen und Unterstützung für Betroffene und Angehörige, gerade auch bei wichtigen Entscheidungen, geschaffen. Vor allem für Pflegebedürftige ist das besonders wichtig, da diese auch sehr plötzlich auftreten kann. Die Stadt fördert erfolgreich barrierefreien Wohnraum und eine dezentrale Versorgung, damit alle Menschen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben können. Die Weiterentwicklung der städtischen Altenhilfe St. Jakob und des Altenzentrums am Richtsberg trägt dem Wunsch nach ambulanter Versorgung Rechnung und unterstützt zugleich diejenigen, die für die Pflege eine feste Einrichtung in Anspruch nehmen möchten oder müssen.

Eine große Herausforderung wird die Sanierung des Hauses der Marburger Altenhilfe in der Sudetenstraße am Richtsberg sein. Die bauliche Sanierung steht seit langem an. Ein Abriss und Neubau an anderer Stelle würde unserem Anspruch quartierbezogener Alterssozialarbeit widersprechen. Wir müssen die Chancen nutzen, die wir mit einer kommunalen Altenhilfe haben und qualitative Standards setzen. Die Pläne sehen die Umsetzung von Wohnformen der neuesten Generation vor. Zugleich gilt, dass die Wirtschaftlichkeit der kommunalen Gesellschaft St. Jakob und die tarifliche Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zur Disposition stehen.

Daneben gibt es in Marburg für ältere Menschen ein ausgezeichnetes ehrenamtliches Angebot mit zahlreichen Stadtteilinitiativen der Vereine und der Stadtteilgemeinden, die es weiter zu fördern und zu unterstützen gilt.

Unser Plan für Marburg:

- Wohnen im Alter, vor allem generationenübergreifendes Wohnen, weiter fördern, damit Junge und Alte zusammen leben können - Das Mehrgenerationenhaus ist ein Beispiel dafür.
- Den demographischen Wandel als Querschnittsaufgabe in allen Bereichen berücksichtigen, z. B. die barrierefreie Stadtentwicklung, seniorenrechtliche Bildungsangebote oder vorbeugende Bewegungs- und Gesundheitsförderung.
- Umsetzung des innovativen Konzepts für die kommunale Altenhilfe am Richtsberg (Haus Sudetenstraße).
- Nachhaltige Sicherung der Wirtschaftlichkeit der kommunalen Gesellschaft St. Jakob, Sicherung tariflicher Bezahlung, Förderung der Fort- und Weiterbildung und ausreichendes Personal für gute Betreuung und Pflege an den Standorten Cölbe, Auf der Weide und Richtsberg.
- Umsetzung der Leitlinien kommunaler Alterssozialarbeit: Quartierbezug, Selbstbestimmung, Mobilität und Barrierefreiheit, Verknüpfung von ambulanter und stationärer Versorgung.
- Ständige Aktualisierung des Marburger Seniorenwegweisers.

Politik für Menschen mit Behinderungen

Inklusion heißt, dass Menschen mit Behinderungen genauso am Leben in der Gemeinschaft teilhaben können. Man ist nicht behindert, man wird behindert – dieser Leitgedanke ist die Messlatte der UN-Behindertenrechtskonvention. In Marburg gibt es nicht nur ein dichtes Netz an herausragenden Unterstützungseinrichtungen wie die Blista (Deutsche Blindenstudienanstalt), den städtischen Behindertenfahrdienst, die Werkstätten der Lebenshilfe, die Einrichtungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen und zahlreiche Projekte zur beruflichen Inklusion. In Marburg gibt es vor allem ein Klima des Respekts im Umgang miteinander – das ist die wichtigste Voraussetzung für Inklusion.

Barrierefreiheit wird in Marburg so groß geschrieben, dass Marburg gerade zur Modellregion „Inklusion bewegt“ geworden ist und den 2. Platz eines EU-Awards gewonnen hat – und das in einer so hügeligen Stadt mit schwieriger Topographie. Die gute Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat hat zum Beispiel bei der Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes Maßstäbe gesetzt.

Unser Plan für Marburg:

- Barrierefreiheit in allen Bereichen bleibt eine ständige Aufgabe.
- Konsequenter muss die schulische Inklusion von Kindern mit Behinderung vorangebracht werden.
- Insbesondere die berufliche Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen muss unterstützt werden.
- Die Unterstützung von Kindern psychisch kranker Eltern liegt uns am Herzen
- Auf der Landes- und Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass jede und jeder einen Rechtsanspruch darauf hat, Behördenbescheide in leichter Sprache zu bekommen.

Gemeinwesenarbeit, Armutsbekämpfung und soziale Integration

Zusammenleben funktioniert nur, wenn jede und jeder sich als respektierter und akzeptierter Teil der Gesellschaft fühlen kann. Integration, Inklusion und Teilhabe funktionieren, wenn sie auf der Ebene der Gemeinde oder des Stadtteils erreicht werden. Besonders Armut kann zu sozialem Ausgeschlossensein führen, zumal sie oft mit Arbeitslosigkeit, chronischer Krankheit und anderen Einschränkungen einhergeht. Dass in Deutschland arme Menschen zehn Jahre kürzer leben als Reiche ist inakzeptabel.

Marburg stellt mit einer einzigartigen sozialen Infrastruktur sicher, dass jeder und jedem größtmögliche Teilhabe ermöglicht wird und jede und jeder alle Chancen und Unterstützung bekommt, die helfen können:

- mit den Projekten der Sozialen Stadt, der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen, Kinderbetreuung und Jugendarbeit, Bildungs- und Qualifizierungsträgern.
- mit einzigartigem ehrenamtlichem Engagement wie etwa in der Marburger Tafel oder der Kulturloge.
- mit dem Stadtpass, der Menschen mit wenig Geld den Zugang zu Bildungsangeboten, Freizeitangeboten und Mobilität eröffnet.
- mit dem Engagement der Stadt im Sozialen Wohnungsbau und dem Runden Tisch preiswerter Wohnraum.
- mit dem Konzept zur Wohnungslosenhilfe und der Unterstützung der Wohnungslosenhilfe geht Marburg einen wichtigen Schritt zur Hilfe für Menschen ohne Wohnung.
- mit MaBison, der neu aufgelegten Marburger Bildungsoffensive.

Die Liste der Einrichtungen ist lang, und das ist gut so: Marburg darf sich zu Recht das soziale Herz Deutschlands nennen.

Diese vorbeugende Politik, die nicht erst kommt, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, bleibt der richtige Ansatz, den es fortzusetzen gilt. Und auch für den Umgang mit den Trägern gilt: So wie man hineinruft, so schallt es heraus. Wer gute soziale Arbeit will, muss auch diejenigen, die die Arbeit machen, mit Respekt behandeln und auf Augenhöhe begegnen.

Unser Plan für Marburg:

- Diese einzigartige Marburger Struktur gilt es auch in Zeiten ständiger Mittelkürzungen durch das Land zu erhalten und weiter zu entwickeln.
- Vorbeugung und Prävention sind immer besser und müssen Leitbild unserer Sozialpolitik sein, vor allem in der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in allen anderen Bereichen.

Migration, Flüchtlinge, Integration

Marburg ist eine bunte und weltoffene Stadt. Menschen aus aller Herren Länder kommen hierher und bereichern Marburg und unser aller Leben. Das gilt gleichermaßen für Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, für Menschen, die selbst oder deren Vorfahren einmal zum Arbeiten hergezogen sind, und ganz besonders für diejenigen, die vor Gewalt, Verfolgung, Terror und Krieg fliehen mussten und bei uns Schutz suchen. Sie alle sind herzlich willkommen!

Diese Marburger Weltoffenheit hat zu einem Klima der freundlichen Begegnung geführt, die von der Stadt in vielfältiger Weise gefördert wird: mit dem Runden Tisch Willkommenskultur, der Förderung

des Ausländerbeirates, einer neuen Koordinationsstelle für Flüchtlingswesen bei der Stadt, einem Flüchtlingscafé, einer gepflegten Willkommenskultur, aber auch mit der Orientierung auf „Eine-Welt-Projekte“ sowie mit einem vorbildlichen VHS-Angebot für Sprachkurse. Der Runde Tisch der Religionen hat zudem in der Stadt des Religionsgespräches seine ganz besonderen Verdienste nachdrücklich unter Beweis gestellt. Die Marburger Stadtgesellschaft stellt sich immer wieder in beeindruckender Zahl gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wie zum Beispiel Anfang 2015 und im November des gleichen Jahres.

Integration ist keine Einbahnstraße. Auch die sog. aufnehmende Gesellschaft muss sich verändern, um das gelingende Zusammenleben zu ermöglichen. Wir setzen uns für einen dauerhaften Prozess interkultureller Kompetenzentwicklung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und den städtischen Gesellschaften ein. Außerdem wollen wir den Beschäftigungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen, damit sich auch hier die gesellschaftliche Wirklichkeit spiegelt und Vielfalt in der Verwaltung gelebt wird.

Auch wenn das Ausländerrecht eine Ausländerbehörde erforderlich macht, setzen wir uns dafür ein, dass alles Handeln im Sinne von Integration und Inklusion im Interesse der Menschen ausgerichtet ist.

Auf Dauer wünschen wir uns, dass Integration eine Selbstverständlichkeit ist und die Unterscheidung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bedeutungslos wird. Jede und jeder ist gleichberechtigtes Mitglied unserer Gesellschaft, verdient den gleichen Respekt und Anerkennung und die für sie oder ihn nötigen Unterstützungen - unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Religion oder anderen Merkmalen der Unterscheidung.

Unser Plan für Marburg:

- Dieses Klima freundlicher Weltoffenheit gilt es zu erhalten und zu fördern. Bestehende soziale Benachteiligungen, die besonders Menschen mit Migrationshintergrund treffen, müssen weiterhin konsequent abgebaut werden.
- Jedem Akt von Fremdenfeindlichkeit muss entschieden entgegengetreten werden.
- Weiterführung der Interkulturellen Öffnung in Verwaltung und städtischen Gesellschaften
- Städtische Dienststellen sind Willkommensbehörden.
- In Marburg sollen auch bei steigenden Flüchtlingszahlen Sammelunterkünfte vermieden werden. Flüchtlinge sollen frühzeitig in die Gesellschaft aufgenommen werden. Neben der Förderung der Sprachkompetenz als Voraussetzung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden wir im Rahmen der Möglichkeiten kommunaler Beschäftigungspolitik auch die berufliche Integration von Flüchtlingen und Migranten stärker in den Blick nehmen.
- Marburg soll Schwerpunktstadt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sein. Diese Kinder und Jugendlichen, oft Waisen, verdienen unser ganzes Engagement!
- Der Ende 2015 neu gewählte Ausländerbeirat wird auch in Zukunft unsere Unterstützung erfahren. Wir setzen uns zudem für Maßnahmen ein, die zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung führen.
- Das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe verdient unsere besondere Förderung und unseren Respekt!

Gleichberechtigung

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist grundgesetzlich garantiert, aber trotz vieler sichtbarer Fortschritte auch heute noch lange nicht überall Realität. Gleichberechtigung nutzt beiden Geschlechtern! Auch Männer wollen am Familienleben mitwirken und profitieren von den Vorteilen „gemischter“ Teams. Wenn mehr Frauen im Vorstand der Sparkasse und mehr Männer in Kitas arbeiten, ist dies gut für alle Beteiligten.

Die Universitätsstadt Marburg hat seit fast 30 Jahren ein Gleichberechtigungsreferat und setzt sich aktiv für die Beseitigung von bestehenden Nachteilen von Männern und Frauen ein. Ende 2015 wurde ein neues Gleichstellungskonzept verabschiedet. Wir wollen uns als Kommune beispielhaft verhalten, Diskriminierung in der Gesellschaft klar benennen, Konzepte für geschlechtergerechtes Handeln erarbeiten und fördern und Position für Gleichberechtigung beziehen.

Der Marburger Gleichberechtigungspreis, die neue Auszeichnung für familienfreundliche Unternehmen, der Equal Pay Day für gerechten Lohn, das Bündnis für Familie, Mentoringprojekte, Beratung oder Vermittlung für alleinerziehende Mütter und Väter, für werdende Eltern genauso wie für Menschen, die von Armut oder Gewalt betroffen sind, stehen als Beispiele für eine hervorragende Arbeit, die in Marburg zusammen mit vielen engagierten Akteurinnen und Akteuren aus der ganzen Stadt gelingt.

Wir begreifen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen von Beginn an als Querschnittsaufgabe (Gender Mainstreaming) – von der Gesundheit über Arbeit, Familie, Freizeit, Integration und Mobilität bis hin zur Personal- und Stadtentwicklung – für junge Menschen genauso wie für Ältere.

Wir haben in Marburg einen hohen Anteil von Frauen in den politischen Gremien und in Führungsverantwortung in der Stadtverwaltung. Und auch die Inanspruchnahme von Elternzeit durch Väter ist keine Seltenheit mehr. Flexible Arbeitszeitmodelle ermöglichen es Frauen und Männern zunehmend Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen mit der Berufstätigkeit zu vereinbaren. Beides wollen wir weiter fördern und ausbauen.

Mit dem Girls- und Boys-Day werben wir in Stadt und Land zusammen mit anderen Einrichtungen und Unternehmen sehr offensiv schon bei jüngeren Schülerinnen und Schülern dafür, den Blick für jeweils „geschlechtsuntypische“ Berufe zu öffnen.

Unser Plan für Marburg:

- Gleichberechtigung von Männern und Frauen als Querschnittsaufgabe betrachten und fördern. Entsprechende Initiativen stärken.
- Umsetzung des Frauenförderplans in der Verwaltung, um weibliche Führungskräfte heranzubilden und Führungspositionen mit Frauen zu besetzen; um Beschäftigten durch Qualifizierungsangebote Perspektiven gerade auch im Hinblick auf ihre Berufstätigkeit beim Älterwerden zu eröffnen; um geschlechtertypische Berufsverteilungen abzubauen. So gehen wir mit gutem Beispiel voran.
- Beratung und Information im Zusammenspiel mit den Trägern in der Stadt weiter sichern und entwickeln.
- Frauen, die sich engagieren, dabei zu unterstützen für berufliche Positionen und politische Gremien zu kandidieren, damit in Zukunft überall Frauen wie Männer gleichermaßen vertreten sind.

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Es muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass immer noch Ungleichheiten in der Entlohnung von Männern und Frauen bestehen und diese Diskriminierung abzuschaffen ist.
- Vorhandene Arbeitszeitmodelle und Arbeitsplatzanforderungen wollen wir auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen prüfen und mit weiteren flexiblen Arbeitszeitmodellen reagieren; dazu gehören auch Modelle zu „Führung in Teilzeit“ bis in die „Spitzenpositionen“.
- Alleinerziehende Frauen und Männer unterstützen und sie nicht alleine lassen.

Gleichstellung

Die Gleichstellung aller Lebensentwürfe ist in Deutschland noch lange nicht erreicht. Während das traditionell katholisch geprägte Irland jüngst per Volksentscheid die Ehe mit allen Vorteilen und Verpflichtungen auch für homosexuelle Paare geöffnet hat, werden in Deutschland diese und andere Rechte noch viel zu vielen Menschen vorenthalten.

Die Stadt kann Gleichstellung nicht als Gesetz beschließen, aber sie kann in vielen auch kleinen Entscheidungen und mit einer klaren Überzeugung für gleiches Recht für alle eintreten.

Unser Plan für Marburg:

- Initiativen, die sich für Gleichstellung einsetzen, erhalten unsere volle Unterstützung.
- Veranstaltungen, deren Ziel es ist, Menschen mit nicht-heterosexuellen Lebensentwürfen zu diskriminieren, müssen soweit es nur irgendwie möglich ist mit rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden.
- Ziel ist es, alle Menschen mit dem gleichem Respekt zu behandeln, egal welche sexuelle Identität sie haben. Menschen, die LSBTTIQ sind, müssen dieselbe Anerkennung erfahren wie heterosexuelle Menschen.

Marburg. Klar für gute Bildung

Bildung ist das Recht eines jeden Menschen, unabhängig von Geschlecht, vom Alter oder der wirtschaftlichen und sozialen Situation. Sie ist die Voraussetzung für demokratische, soziale und kulturelle Teilhabe und eine eigenständige Lebensgestaltung. Sie legt die Grundlagen für Chancengleichheit, gute Arbeit sowie persönlichen und damit allgemeinen Wohlstand.

Marburg hat als Schulstandort und Universitätsstadt eine besondere Verantwortung. Dieser werden wir gerecht, indem wir die Vielfalt an Schulformen und Schulstandorten sichern und ausbauen.

Für die Kinder und Jugendlichen in Marburg gilt: Kein Kind darf zurückgelassen werden! Bildung zu ermöglichen ist in erster Linie die Verantwortung der Erwachsenen. Wir wollen, dass jedes Kind einen Schulabschluss erreicht und dass die Kinder möglichst lange gemeinsam lernen können.

Auch Erwachsenen und Zuwanderern muss über Bildung die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration.

Bildung und Betreuung müssen zusammen gedacht werden. Denn die optimale Förderung eines Kindes gelingt umso besser, je früher sie einsetzt. Und ein gutes Betreuungsangebot ist die Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung.

Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen. Deshalb werden wir die Modernisierung der Bildungseinrichtungen und den Ganztagsausbau der Schulen in den kommenden Jahren mit einem 30-Millionen-Programm für Bildungsbauten (BiBaP) fördern. Wir wollen Planungssicherheit und eine Perspektive für die Schulen. Deshalb soll dieses Programm in enger Kooperation mit den Schulen entwickelt werden.

Gute Bildung für alle - Chancengleichheit ermöglichen und fördern

Gute Bildung darf nicht am Geldbeutel und am Bildungsstand der Eltern scheitern. Gute Bildung ist das Fundament unserer Zukunft. Leider haben wir als Kommune wenig Einfluss auf die Bildungspolitik, aber wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um die Folgen der Fehler von der hessischen Landesregierung zu lindern. Deshalb werden wir weiterhin die Schulsozialarbeit in unseren Schulen fördern und ausbauen. Schulsozialarbeit gibt den Schulen Raum und Zeit, Beratungen, Elternkontakte und Schwierigkeiten im Schulalltag zu meistern.

Ein weiterer Baustein zur Chancengleichheit ist das Beratungs- und Förderzentrum (BFZ). Spezialisierte Lehrerinnen und Lehrer beraten Schulen, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern bei Schwierigkeiten und arbeiten mit den Schülerinnen und Schülern, damit sie erfolgreich ihre Schullaufbahn beenden können. Dieses wollen wir mit Geld für Materialien fördern, damit Schüler erfolgreich integriert werden können. Von Inklusion sind wir noch meilenweit entfernt. Sie bedeutet nämlich, Schüler nicht in ein bestehendes, starres System zu integrieren, sondern die Schule in die Lage zu versetzen, dass alle Schülerinnen und Schüler mit ihren jeweiligen Fähigkeiten und Talenten am Unterricht erfolgreich teilnehmen können. Das BFZ kann dazu beitragen. Denn der Zugang zur Bildung und zur Gemeinschaft muss allen Schülern möglich sein, ob mit oder ohne Behinderung, ob mit oder ohne interkulturelle Erfahrung.

Die neuen Medien sind in der Schule nicht mehr wegzudenken, dazu gehört auch, dass alle Schulen Zugang auf Wunsch zum WLAN haben und mit Beamer ausgestattet werden können.

Da wir eine außergewöhnliche Vielfalt von schulischen Angeboten in Marburg haben, darf der Weg zur Schule und zu diversen Freizeitangeboten nicht an den Fahrtkosten oder einer willkürlich gesetzten 3-Kilometer-Grenze für die Übernahme der Fahrtkosten scheitern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Schüler, die es benötigen und wollen, ein für alle gerechtes Schuljahresticket vergleichbar dem Semesterticket für Studierende erhalten können.

Echte Ganztagschulen auf ihrem Weg begleiten

Es ist erfreulich, wie viele Schule sich in Marburg auf den Weg zur Ganztagschule gemacht haben. Echte Ganztagschule gibt es allerdings aus verschiedenen Gründen nur wenige, was an der Bildungspolitik der Landesregierung liegt. Echte Ganztagschulen benötigen viel mehr Raum, Zeit und Personal, um den Schulalltag zu entzerren und zu rhythmisieren. Es bedarf einer anderen Bildungspolitik.

Wir begleiten Schulen, die sich auf diesen Weg gemacht haben. Unsere Schulen wurden und werden bedarfsgerecht ausgebaut, denn Ganztagschulen benötigen viel Raum für eigenständiges Lernen, Rückzugsmöglichkeiten, gemeinsames Essen und sportliche Möglichkeiten. Durch den ganztägigen Schulbetrieb benötigen auch Lehrerinnen und Lehrereigene Arbeitsplätze und moderne Fachräume

Zu einer guten Ganztagschule mit Rhythmisierung des Unterrichts gehört auch die Kooperation von Schulen mit außerschulischen Trägern. Um dies zu ermöglichen, haben wir das Programm der Lokalen Bildungsplanung vor einigen Jahren ins Leben gerufen. Mit diesen Geldern können Schulen Projekte mit außerschulischen Kooperationspartnern nach ihrem Bedarf realisieren. Diese Gelder wurden von uns immer wieder aufgestockt und sollen weiter erhöht werden.

Weitere Möglichkeiten sind Projekte von Schulen und Vereinen, deren Zusammenarbeit zu finanzieren und zu fördern, MaBison (Marburger Bildungsoffensive), die sich zur Aufgabe gemacht hat, allen Kindern und Jugendlichen im gesamten Stadtgebiet Zugang zu Angeboten und Erlebnissen im sportlichen und naturbezogenen Bereich zu ermöglichen, auch außerschulisch.

Möglichst langes gemeinsames Lernen

Mit dem längeren, gemeinsamen Lernen werden bessere Entwicklungsmöglichkeiten für die Kinder, höhere Bildungsleistungen und gleichzeitig mehr Chancengleichheit beim Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen geschaffen. Leider ist dies bei unserem Viergliedrigen Schulsystem nicht möglich. Die Schüler werden zu früh selektiert und so kommt es zu einer Koppelung von sozialer Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit und Bildungserfolg.

Deshalb liegt uns unsere 6-jährige Grundschule sehr am Herzen. Für ihren Erhalt und Ausbau setzen wir uns ein.

Die Gesamtschule bietet vielen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit sich möglichst lange unabhängig von der Herkunft individuell zu entwickeln und so einen Bildungsabschluss zu erlangen, der ihnen gerecht wird.

Deshalb werden wir diese Schulformen in unserem Rahmen besonders unterstützen, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden können.

Schulvielfalt erhalten und Schulstandorte sichern

Marburg ist als überregionaler Schulstandort mit einer außergewöhnlichen Vielfalt von schulischen Angeboten bis hin zur Berufsbildung ein attraktiver Lern- und Lebensort. Bei sinkenden Schülerzahlen ist es uns gelungen alle Schulstandorte zu erhalten. Sei es durch Schulverbünde wie im Westen von Marburg oder durch Zusammenlegungen mit von Standorten, bei denen sich die Stadt sehr bemüht hat, mit den Schulgemeinden einen Konsens zu finden, damit die vorhandenen Schulgebäude als Schulen weiterhin nutzbar sind.

Gute Bildung von Anfang an

Bildung muss ganzheitlich betrachtet werden. Das heißt von der Geburt an, über frühkindliche Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Kindergärten, Grundschulen hin zu weiterführenden Schulen. Besonders die Übergänge müssen gut durchdacht und strukturiert werden. Es muss transparent werden, mit welchen Erwartungen und Zielen Bildungsarbeit geleistet wird. Dies setzt enge personelle Kooperationen zwischen den Einrichtungen voraus, die wir nur bedingt erfüllen können.

Berufliche Ausbildung fördern

Wir haben in Marburg hervorragende Berufsschulen, die sich zu regionalen Kompetenzzentren weiterentwickelt haben. Diese gilt es weiter zukunftsfähig zu gestalten, denn die Zukunft unseres Landes hängt gerade in der globalisierten Welt immer stärker von gut ausgebildeten Menschen ab. Migration und der demografische Wandel stellen immer neue Herausforderung besonders an die berufliche Bildung dar.

Die beruflichen Schulen brauchen daher, ebenso wie die allgemeinbildenden Schulen, geeignete Fachräume als auch gute Aufenthaltsqualitäten. Dafür haben wir uns eingesetzt und werden es weiterhin tun.

Weiterbildung stärken

Allen Menschen muss das Recht auf Weiter- bzw. Fortbildung garantiert und ihnen so neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet werden.

In Marburg dienen hierzu u. a. die Abendschulen, die folgerichtig an die Berufsschule angegliedert sind als „Zentrum Lebensbegleitenden Lernens“, das auch im Interesse von Bildungsfernen und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligten Adressaten weiterbilden kann.

Im Sinne von Chancengleichheit und erfolgreiche Zukunftsgestaltung werden wir diese weiterhin finanziell unterstützen.

Auch der Volkshochschule kommt in der Weiterbildung eine besondere Rolle zu. Während die Landesregierung ihre Zuschüsse immer weiter herunterfährt, erhält die VHS immer höhere durch die Stadt. Es muss eine gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und Bildungsträgern erreicht werden, damit diese Bildungseinrichtungen erhalten und gut arbeiten können und der hohe Standard erhalten bleiben kann.

Teilhabe an der persönlichen Weiterbildung ermöglicht auch unsere Stadtbücherei. Sie hat sich ständig weiterentwickelt, sich modernen Medien geöffnet und die Zusammenarbeit mit Schulen und

Kindertageseinrichtungen immer weiter intensiviert. Am jetzigen Standort platzt sie aus sämtlichen Nähten und ist kaum noch ausbaufähig. Aber eine Stadtbücherei ist aus dem Stadtkern nicht wegzudenken. Deshalb werden wir ihr schrittweise in den nächsten Jahren am Rudolphsplatz einen neuen, modernen und größeren Standort bieten, damit sie ihrer Aufgabe gerecht werden kann.

Eine große Rolle bei der Weiterbildung in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule, der Stadtbücherei, der Schulen usw. spielt auch das Medienzentrum. Dieses wollen wir weiter ausbauen und fördern.

Um diese Bildungseinrichtungen und deren Arbeit für alle transparenter zu machen und Synergien zu schaffen, wird ein Bildungsforum (angelehnt an das Kulturforum) angedacht, das sich mit bestimmten Themen jeweils beschäftigt, um Aufgaben an die Bildung insgesamt gemeinsam und effektiv anzugehen und aufeinander abzustimmen.

Unser Plan für Marburg:

- Der hohe Standard unserer Schulen, der Stadtbücherei und der Volkshochschule muss gehalten und immer mit Blick auf aktuelle und künftige Entwicklungen weitergedacht werden.
- Wir steigern unsere Anstrengungen für ein gutes Lernumfeld und legen ein 30-Millionen-Euro-Programm zur Modernisierung, bauliche Erneuerung der Bildungseinrichtungen (BiBaP) und Förderung der Ganztagschule auf.
- Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen.
- Wir wollen den Zugang zu kulturellen und sportlichen Angeboten sichern und fördern.
- Schule und Mobilität müssen zusammen gedacht werden. Die Schulwege und das Schulumfeld müssen sicher zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sein. Dazu tragen auch die Grundschulstandorte in den Stadtteilen bei: Kurze Beine, kurze Wege.
- Der Weg zur Schule mit dem ÖPNV darf nicht an Fahrtkosten scheitern. Wir prüfen, wie wir ein für alle gerechtes Schuljahresticket vergleichbar dem Semesterticket für Studierende erreichen können.
- Die Teilhabe an schulischer Bildung muss barrierefrei für Kinder und Jugendliche ermöglicht werden.
- Junge Flüchtlinge müssen schnell zur Schule gehen können.
- Wir wollen, dass wir Kinder und Jugendliche digital fit machen durch Ausbau des Medienzentrums in Kooperation mit der Stadtbücherei sowie durch die Förderung von Medienkompetenz in Schule und außerschulischen Bildungseinrichtungen.
- Um eine weitere Kostenbeteiligung des Landes für die Schulen werden wir weiter kämpfen müssen – es kann nicht sein, dass zusätzliche Aufgaben im pädagogischen Bereich wie z. B. Schulsozialarbeit allein vom Schulträger Stadt geleistet werden.
- Wir müssen mit dem Land gemeinsam den Ausbau der Ganztagschule vorantreiben. Der vom Land ins Leben gerufene „Pakt für den Nachmittag“ muss zu einem sinnvollen Schritt in Richtung Ganztagschule weiterentwickelt werden.
- Die Betreuung der Schulkinder an Grundschulen ist bedarfsgerecht auszubauen und als Teil der Entwicklung zur Ganztagschule zu begreifen. Zum einen um eine zuverlässige Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, zum anderen aber auch aus pädagogischen Erwägungen zum Wohle der Entwicklung der Kinder.
- Wir wollen dafür sorgen, dass jeder junge Mensch unter 35 Jahren eine Berufsausbildung erhält.
- Niemand darf zurückgelassen werden – kein Kind und auch kein Erwachsener, deshalb muss weiter an größerer Bildungsgerechtigkeit gearbeitet werden – das kann die Kommune nicht

alleine leisten, aber wir werden unseren Teil dazu beitragen und nicht nachlassen, bei Land und Bund deren Beitrag entsprechend einzufordern.

Marburg. Klar für kulturelle Vielfalt

Kulturelle Bildung trägt zur emotionalen und sozialen Entwicklung und zur Integration in unsere Gesellschaft bei, erweitert den Horizont und ist Grundbedingung gesellschaftlicher Teilhabe.

In unserer multikulturellen Zeit erhalten Kunst und Kultur eine noch größere Wichtigkeit, der wir weiterhin gerecht werden wollen.

Grundsätze unseres Handelns vor Ort:

Vielfalt erhalten

Marburg zeichnet sich durch eine außergewöhnliche Vielfalt und Qualität, durch ein außergewöhnliches Maß an Kommunikation und Austausch aus. Wir werden auch weiterhin die vielen Kulturinitiativen mit Zuschüssen für ihre Arbeit und ihre Mietkosten für Räume unterstützen. Wir wissen, dass die vielen Kulturinitiativen und –vereine auf ehrenamtliche Helfer und gering bezahlte Hauptamtliche angewiesen sind. Hier müssen wir mit dem Land Hessen, das immer wieder Zuschüsse kürzt, nach tragfähigen Lösungen suchen und die Bedeutung der Kultur zur Förderung der Bildung, der Integration und des Wirtschaftsstandortes Marburg hervorheben. Wir werden versuchen unseren städtischen Kulturretat sukzessive auf 5 % des städtischen Haushalts anzuheben. Rechnet man die Mietzuschüsse an Vereine und Initiativen hinzu, sind wir jetzt schon nicht allzu sehr davon entfernt.

Zusammenarbeit von Universität / Land Hessen und Stadt fördern

Ein großes anstehendes Projekt ist die Entwicklung des Schloss-Areals. Wir möchten, dass das bedeutende Potential des auch kunsthistorisch so herausragenden Landgrafenschlosses und seiner kulturhistorischen Bestände gemeinsam mit der Universität zu einer attraktiven, stadtgeschichtlichen Museumslandschaft entwickelt wird. Dazu gehört die Öffnung des Schlosses für die Präsentation der Sammlungen zur Geschichte der Universitätsstadt Marburg und der in Hessen teilweise ältesten Sammlungen verschiedener Institute der Philipps-Universität. Hierfür müssen Bund, Land, Universität und die Stadt zusammenarbeiten, um ein gemeinsames Konzept für die Präsentation der bedeutenden Universitäts- und Stadtgeschichte zu finden und um Marburgs Potentiale öffentlich zugänglich zu machen. Dazu gehört auch die Verbesserung der Erreichbarkeit des Schlossberges für Marburgs Bürgerinnen und Bürger sowie für die Gäste der Stadt. Mit der Übergabe der Förderbescheide ist die Finanzierung des Projektes ‚Zeiteninsel‘ abgesichert. Nun geht es darum, dieses für Mittelhessen zentrale Museum und außerschulischen Lernort in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Weimar und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf zügig zu realisieren.

Stadthalle und Kulturmeile mit Leben füllen

Die Neugestaltung des Erwin-Piscator-Hauses ist die größte Einzelinvestition in Marburg seit über 30 Jahren. Das Haus wird im Mai 2016 als multifunktionale Stadthalle der Nutzung übergeben. Es wird ein Treffpunkt der Stadtgesellschaft sein und dient dann dem Hessischen Landestheater Marburg,

dem Marburger Konzertverein und überregionalen Kulturangeboten als Spielort. Darüber hinaus wird es eine moderne Bühne sein für Chöre, Bands, Orchester, Lesungen und unterschiedliche Ausstellungen. Im Erwin-Piscator-Haus wird dann auch das soziokulturelle Zentrum (KFZ) seinen Standort haben. Mit einem großen und einem kleineren Saal werden dem KFZ damit deutlich verbesserte Rahmenbedingungen geboten. Zugleich werden Räume des Erwin-Piscator-Hauses von der Martin-Luther-Schule als Cafeteria und für andere Aktivitäten genutzt. Das neue Haus beherbergt darüber hinaus auch die Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) und ist somit die erste Anlaufstelle für Touristen und alle Marburgerinnen und Marburger.

Damit wird die Marburger Kulturmeile Wirklichkeit, der Weg vom Erwin-Piscator-Haus zum Universitätsmuseum, weiter zu den Kinos, dem Marburger Kunstverein, der weiter fest mit unserer Unterstützung rechnen kann, bis hin zum Rudolphsplatz als vorgesehenem neuen Standort der Stadtbücherei und dem neuen Standort der dort vorgesehene Stadtbücherei. Es gilt nach der Fertigstellung des Erwin-Piscator-Hauses, die großen Chancen des neuen Hauses mit allen seinen Bausteinen und Akteuren in der ganzen Breite des kulturellen Lebens mit einem attraktiven Programm zu füllen.

Das Waggonhallen-Areal weiterentwickeln

Das Waggonhallen-Areal hat ein besonderes, wild-romantisches Flair, das muss erhalten und weiter entwickelt werden. Das soziokulturelle Zentrum der Waggonhalle mit über 200 Veranstaltungen jährlich hat für Besucher einen besonderen Reiz. Auf dem Gelände haben sich verschiedene Gewerbe angesiedelt, die Kletterhalle sowie Radio Unerhört Marburg u.v.a. haben dort ihre Heimat gefunden. Die Gaststätte Rotkehlchen mit ihrem gemütlichen Biergarten bietet ein besonderes Flair und lädt die Besucher ein. Allerdings müssen die Waggonhalle und andere Gebäude saniert und erhalten werden. Auch gibt es noch so manche Ecke, die optimal genutzt, erweitert und entwickelt werden muss, wie z. B. der alte Lokschuppen. Das Waggonhallen-Areal muss als Kultureller Treffpunkt auch in den nächsten Jahren erhalten, ausgebaut und finanziell unterstützt werden.

Konzeptentwicklung für Kunst im öffentlichen Raum

Marburg sollte verstärkt die aktuelle Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts, die zweifellos in Marburg an verschiedenen Orten vorhanden ist, durch größere Ausstellungen, Symposien oder andere öffentliche Veranstaltungen würdigen. Es fehlen den verschiedenen künstlerischen Initiativen Arbeits- und Ausstellungsräume sowie finanzielle Unterstützung. Die Kunst im öffentlichen Raum – frei stehende Plastiken oder Skulpturen, Kunst am Bau sowie Denkmäler und Brunnen – sind zahlreich vorhanden, sind aber kaum bekannt und werden nur selten oder gar nicht gewürdigt. Um das Potential von Marburgs Schätzen besser herauszuheben, soll ein Konzept entwickelt werden. Grundlage für diese Überlegungen kann der 1980 erschienene Katalog „Plastik des 20. Jahrhunderts in Marburg“ von Dr. Harald Kimpel sein.

Kunst und Kultur in den Stadtteilen entwickeln

In der Innenstadt haben wir ein vielfältiges und hochwertiges Kulturangebot. Doch infolge des demografischen (immer älter werdende Bevölkerung) und wirtschaftlichen (in den Außenbezirken ist Wohnraum günstiger) Wandels muss Kunst und Kultur auch wohnortnah angeboten werden. In vielen Stadtteilen werden traditionelle „Heimatfeste“, meist ausgerichtet von örtlichen Vereinen,

gefeiert. In einigen Stadtteilen gibt es sogenannte „Kulturscheunen“, Theatervereine und zahlreiche weitere Initiativen. Aber wie viel und welche Kultur braucht ein Stadtteil? Lebendigkeit und Identität der Stadtteile beruhen vor allem auf der Vielfalt ihres kulturellen Lebens.

Einige Ansätze sind vorhanden. Das Programm „Soziale Stadt“ kann ein Baustein für Anregungen sein. Die Kunstwerkstatt geht mit dem Kunstkoffer in einige Stadtteile, um völlig unverbindlich Kinder an künstlerisches Arbeiten heranzuführen. Die Volkshochschule bietet teilweise Kurse in den Gemeinschaftsräumen an. Auch Film- oder Fotodokumentationen, Ausstellungen, Veröffentlichungen und Stadtteilrundgänge führen verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammen und regen zum Mitmachen an. Aber es wäre wichtig, auch verschiedene Kunstinitiativen zu veranlassen, Angebote in den Stadtteilen anzubieten. Wir möchten ein Netzwerk bilden und fördern, um auch die Stadtteile mit Kulturangeboten zu bereichern.

Kunst als Integrations- und Bildungsaufgabe

Kinder und Jugendliche an Kunst und Kultur heranzuführen, bleibt eine zentrale Bildungsaufgabe – auch in Kooperation mit Schulen, und Kindergärten. Musikschule, Kunstwerkstatt, Kinder- und Jugendtheater, Museen und Stadtbücherei u. a. brauchen für diese wichtige Arbeit eine angemessene und verlässliche Ausstattung. Wir brauchen ein Konzept, z.B. personell abgesicherte Museumspädagogik für das Schlossareal, das Universitätsmuseum, den Marburger Kunstverein und andere Ausstellungshäuser, damit alle Kinder auch außerhalb der Schulen unabhängig von der sozialen Herkunft Kunst und Kultur erleben und an ihr teilnehmen können.

Aber nicht nur für Kinder und Jugendliche ist kulturelle Bildung enorm wichtig. In der heutigen Zeit ist es notwendig, die schnellen Veränderungsprozesse zu meistern und auch außerhalb des Arbeitslebens den Alltag zu bewältigen. Die Menschen müssen soziale Kompetenzen, wie Kreativität, Flexibilität und Kommunikationsfähigkeit entwickeln, gerade in der heutigen Zeit des demografischen Wandels, der Migration, Globalisierung und zunehmenden Verarmung gewisser Schichten, um das soziale Leben besser meistern zu können. Zuschüsse für Kunst und Kultur werden immer noch als freiwillige Leistungen angesehen und nicht als Notwendigkeit um in der heutigen Welt bestehen zu können. Kunst darf kein Luxus sein, sondern muss für alle zugänglich sein. Marburg ist dabei auf einem guten Weg. Über die Kulturloge können sich Menschen ohne oder mit geringem Einkommen kostenlose Eintrittskarten abholen. Über den Stadtpass erhalten sie bei vielen Veranstaltungen ermäßigten Eintritt und der Besuch des Marburger Kunstvereins am Gerhard-Jahn-Platz ist kostenfrei. Die Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen, ist zentraler Baustein unserer kommunalen Kulturpolitik. Das kulturelle Leben und das kulturelle Angebot leisten in Marburg einen maßgeblichen Beitrag zur Lebensqualität, aber auch zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und zu einer gesunden und kreativen Gesellschaft.

Unser Plan für Marburg:

- Die Vielfalt der Marburger Kulturlandschaft erhalten, denn das zeichnet unsere Stadt aus.
- Die Zusammenarbeit von Stadt und Universität/Land Hessen für die Entwicklung des Schlossareals weiter ausbauen.
- Die Kulturangebote rund um das Erwin-Piscator-Haus von geplanter Stadtbücherei über den Kunstverein, Kinos, KFZ und das Universitätsmuseum lassen eine Kulturmeile in der Innenstadt entstehen.

- Das Waggonhallen-Areal als das sozio-kulturelle Zentrum links der Lahn ist zu entwickeln und finanziell zu unterstützen.
- Kunst im öffentlichen Raum besser erlebbar machen.
- Das kulturelle Angebot in den Stadtteilen ist genau so wichtig wie das der Innenstadt.
- Kunst und Kultur müssen für alle unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zugänglich sein. Kunst ist auch Integrations- und Bildungsaufgabe.

Marburg. Klar für neue Energie

Die Energiewende ist eine Chance für unsere Stadt und unsere Region. Energie aus heimischen Quellen macht uns unabhängig von teuren und unsicheren Energieimporten. Das gilt auch für Effizienztechnologien, die uns dabei helfen, weniger Energie zu verbrauchen. Damit sichern wir die Daseinsvorsorge für die Zukunft. Wenn wir das Geld nicht mehr für den Import ausgeben, sondern für die Erzeugung und für den Einsatz von Effizienztechnologien bei uns in Stadt und Region nützt das dem regionalen Wirtschaftskreislauf – von Handwerkern über mittelständische Unternehmen und lokale Energiegenossenschaften bis zu unseren Stadtwerken. Für unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft wollen wir die Weichen für die weitere Dezentralisierung der Energieversorgung auf der Basis heimischer Erneuerbarer Energien stellen.

Das haben wir bislang erreicht:

Dank engagierter Bürgerinnen und Bürger, die gemeinsam mit unseren städtischen Gesellschaften Stadtwerke und GeWoBau aktiv geworden sind, haben wir in Marburg den Ausbau der Solarenergie, der Bioenergie aus Bioabfällen, der Wasserkraft und der Windkraft vorangetrieben. Das führt zu einer Erneuerbaren Erzeugung in Marburg, mit der immerhin 10 % des Marburger Stromverbrauchs gedeckt wird. Die Haushaltskunden bekommen von den Stadtwerken zu 100 % Strom aus Erneuerbaren Energien geliefert. An diese Stärken möchten wir anknüpfen und den Ausbau weiter steigern.

Früher war das Leitbild der Energieversorgung davon geprägt, dass Strom aus weit entfernten fossil-atomaren Großkraftwerken in die Städte fließt und Heizöl und Erdgas aus anderen Kontinenten importiert wird. Dieses Leitbild wandelt sich. Zunehmend werden kleine und mittelständische Unternehmen, die Stadtwerke, andere städtische Einrichtungen und vor allem die Bürgerinnen und Bürger selbst zu Energieerzeugern. Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch mehr und mehr zu Partnern der Stadtwerke in der Energieversorgung. Die Großkraftwerke der großen Energiekonzerne treten in den Hintergrund.

Solare Stadt

Im Stadtgebiet ist die Solarenergie auf Dächern und an Fassaden die größte verfügbare Energiequelle. Unser Marburger Solarkataster zeigt, welche zusätzlichen Potenziale für den Ausbau bestehen. Solarstrom ist heute so preisgünstig, dass Strom aus neuen Photovoltaikanlagen günstiger ist als zum Beispiel aus neuen fossilen Großkraftwerken. Preisgünstiger Solarstrom ist eine Errungenschaft der deutschen Energiewende, an deren erfolgreichem Start die Universitätsstadt Marburg schon mit der kostendeckenden Solarvergütung der Stadtwerke in den 90iger Jahren einen großen Anteil hat. Nicht umsonst hat die Universitätsstadt gleich zwei Mal den Deutschen Solarpreis gewonnen – für die weltweit beachtete Marburger Solarsatzung und die Solarkunst am Parkhaus Pilgrimstein. Von den Errungenschaften der Energiewende für kostengünstigen Solarstrom sollen alle Bürgerinnen und Bürger etwas haben, gerade auch Mieter und Geringverdiener. Wir möchten die Solare Stadt zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Stadtwerken und GeWoBau gestalten. Oft stehen sinnvollen dezentralen Lösungen bürokratische Hemmnisse im Weg. Wir wollen vor Ort Lösungen zu ihrer Überwindung finden und setzen uns in Bund und Land dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für den Ausbau der dezentralen Erneuerbaren Energien wieder verbessert werden. Quoten, Deckel, Umlagen auf den solaren Eigenverbrauch und den Direktverbrauch von Mietern sowie bürokratische Verfahren, die den Ausbau Erneuerbarer Energien einengen (sog.

Ausschreibungen), lehnen wir ab. Wir erwarten Rahmenbedingungen, mit denen die Stadtwerke das gut ausgebaute Stromnetz weiter modernisieren und auch in Energiespeicher investieren können.

Windenergie

Nicht nur bei der Solarenergie, auch bei der Windkraft ist Marburg ein Vorreiter der dezentralen Energiewende. Hierfür steht der frühe Windpark der Stadtwerke in Wehrda. Durch den wirtschaftlichen Trend zu hohen Türmen an windstarken Standorten und den 1.000m Siedlungsabstand in der hessischen Landesplanung ist die Windkraft im dicht besiedelten Marburger Stadtgebiet nur noch an ganz wenigen Stellen überhaupt möglich und zulässig. Die Stadt Marburg darf die Ausweisung von Windkraftstandorten auch nicht eigenverantwortlich steuern. Die Landesplanung will es so: Windkraft-Standorte weist die Regionalversammlung Mittelhessen unter der Geschäftsführung des RP Gießen (CDU) aus; diese Planung wird vom Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesplanung (GRÜNE) kontrolliert. Diese zentralistische Organisation der Regionalplanung halten wir für falsch. Die Städte und Gemeinden können mit ihrer Ortskenntnis und dem Kontakt zu den Bürger/innen dezentral besser über die Planung der Windenergie entscheiden. Wir werden uns bei der derzeit schwarz-grünen Landesregierung dafür einsetzen, die Planungskompetenz für Windkraft zurück in kommunale Verantwortung zu bekommen, um Standorte von vorneherein gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Stadtwerken unter Einbeziehung der Belange des Natur- und Denkmalschutzes entwickeln zu können.

In den nächsten Jahren ist die übergeordnete Regionalplanung Fakt. Der Regionalplan-Entwurf des RP Gießen sieht derzeit vier Windstandorte in Marburg vor: Industriegebiet Görzhäuser Hof, südlich Bortshausen und Ronhausen, Marburg Nord (Lahnberge) und Lichter Küppel. Wenn diese Standorte endgültig im Regionalplan ausgewiesen werden, haben Besitzer dieser Flächen dort Planungsrecht und können eine Genehmigung beantragen, über die der RP Gießen entscheidet. Kommunal haben wir dann keine Gestaltungsmöglichkeit mehr; die Stadt kann nur noch Rechtsverstöße rügen.

Auf den im Regionalplan-Entwurf ausgewiesenen Flächen in Marburg sind die Stadtwerke Marburg außen vor. Sie haben entweder keinen Zugriff auf diese Flächen oder – im Falle Lichter Küppel – wegen des nahen Brutplatzes eines Rotmilans die weitere Projektentwicklung ausgeschlossen. Die Marburger SPD unterstützt die Stadtwerke daher darin, Projekte an windstarken und wirtschaftlich ertragreichen Standorten in der Region zu entwickeln oder sich an solchen Projekten zu beteiligen.

Unsere Stadtwerke

Für das Engagement der Stadtwerke im Bereich Erneuerbare Energien und Kraft- Wärme-Kopplung stehen die Windkraft in Wehrda, die Wasserkraft an der Lahn sowie die Energieerzeugung aus Bioabfällen in Cyriaxweimar für die Strom- und Wärmeversorgung im Stadtwald. Wirtschaftliche Erfolge der Stadtwerke sichern die Daseinsvorsorge für die Zukunft, z.B. unseren Nahverkehr mit Bussen, den sich Marburg nur leisten kann, weil ein Teil der Stadtwerke-Gewinne hineinfließt. Die Stadtwerke und ihre Tochtergesellschaften schaffen fast 650 Arbeitsplätze in Marburg. Die beste Bürgerbeteiligung ist das Engagement der Stadtwerke, weil ihre Gewinne allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. Wir sind stolz auf unsere wirtschaftlich starken und fortschrittlichen Stadtwerke. Andere Städte haben ihre Stadtwerke verkauft. Unsere Stadtwerke investieren in eine neue Energieinfrastruktur und in schnelles Internet in den ländlichen Stadtteilen. Wer diesen Standortvorteil für Marburg aufs Spiel setzt, versündigt sich an der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt. Die Marburger SPD steht auch in Zukunft für 100 % kommunaleigene Stadtwerke.

Unser Plan für Marburg:

- Entwicklung einer neuen Energiestrategie zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern, den Stadtwerken, der Lokalen Agenda 21, der lokalen Wirtschaft sowie Vereinen und Verbänden.
- Unterstützung aller privaten Bemühungen, z.B. von Familien, Mietern und Gewerbetreibenden, für den Einsatz Erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien. Wir setzen uns für den Ausbau von Beratungsangeboten ein, u. a. für naturnahe Dämmstoffe zum Wärmeschutz und für den Ausbau der Solarenergie. Genauso wichtig ist die Fortführung und regelmäßige Weiterentwicklung des alljährlich vom Umweltverband BUND ausgezeichneten Förderprogramms der Stadtwerke.
- Weitere Erhöhung der Eigenenergieerzeugung der Stadtwerke Marburg aus Erneuerbaren Energien in Marburg und aus der Region.
- Ausbau des Fernwärmenetzes der Stadtwerke und der Kraft-Wärme-Kopplung als Schlüsseltechnologie für den zukünftigen effizienten Einsatz von erneuerbarem Gas („Power-to-Gas“) zur Wärme- und Stromproduktion, z.B. bei der Stadterneuerung der Marburger Nordstadt.
- Bewerbung um Städtebauförderungsmittel für Projekte der Sozialen und Solaren Stadt, um in Stadtteilen mit hohen Energieverbräuchen die Energiekosten (sog. 2. Miete) der Bürgerinnen und Bürger zu senken.
- Schaffung von Infrastrukturvoraussetzungen für Stromtankstellen, um den Einstieg in die Elektromobilität zu erleichtern (Näheres hierzu im Programmteil Klar für Umwelt und Natur).
- Erhaltung und weitere Modernisierung des Ortsnetzes der Stadtwerke für die zunehmend dezentrale Stromerzeugung in Marburg sowie die Prüfung von Pilotvorhaben für wirtschaftliche Investitionen in Energiespeicher. Dazu schlagen wir die Prüfung eines Pumpspeicherkraftwerks mit Verbindung zur Ohm auf der Bernsdorfer Kuppe im Stadtteil Ginseldorf vor.

Marburg. Klar für Umwelt und Natur

Unsere lebendige Stadt mit all ihren Möglichkeiten liegt in einer wunderschönen Landschaft umgeben von viel Natur. Viele schätzen die Möglichkeiten zur Naherholung und zum Sport. Weil Marburg aber auch dicht besiedelt ist, bleibt es wichtig, dass wir inmitten der Stadt Naherholungsräume schaffen und ausbauen.

Naherholung in der Stadt

Die größte Bedeutung hierfür hat die Lahn. Wir haben in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, unsere Stadt näher an den Fluss zu holen. Dafür stehen Cafés, Lahntreppe und Neugestaltung der Wege am Ufer. Daran möchten wir weiter arbeiten. Auch der Alte Botanische Garten soll im Zuge der Fertigstellung des Campus Firmanei so schnell wie möglich wieder von allen genutzt werden können. Der Neue Botanische Garten auf den Lahnbergen ist ein ebenso wertvolles Refugium. Im Buga-Forum des Bürgerbeteiligungsprozesses haben die Marburgerinnen und Marburger viele weitere wertvolle Vorschläge für eine naturnahe Stadtentwicklung erarbeitet, die es zu prüfen und aufzugreifen gilt.

Schloss und Schlosspark sind nicht nur von kulturhistorischem Interesse, sondern auch Refugien der Natur und Erholung. Deshalb muss eine bessere Erreichbarkeit hergestellt werden.

Keine Privatisierungen – Wasser bleibt in öffentlicher Hand

Wasser ist ein öffentliches Gut. Hierfür ist die Marburger SPD der zuverlässige Garant. Wir stehen für Stadtwerke in kommunaler Hand. Privatisierungen der kommunalen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Sie nützt nur wenigen Aktionären auf Kosten der Allgemeinheit. Für uns steht das Wohl der Menschen im Mittelpunkt. Deshalb machen wir uns auch in Zukunft dafür stark, den Anteil des Trinkwassers aus eigenen Marburger Quellen durch aktiven Grundwasserschutz zu erhalten.

Saubere Luft

Neben sauberem Wasser brauchen wir für unsere Gesundheit auch saubere Luft zum Atmen. Deshalb werden wir die Umrüstung der Busse von Diesel auf Gas weiter vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass die Stadt mit dem Luftreinhalteplan vorankommt. Hierzu soll auch die Elektromobilität einen Beitrag leisten, für die wir die Infrastruktur verbessern möchten, u. a. mit einem weiteren Ausbau der Ladeninfrastruktur auch in Kooperation mit Handel und Gewerbe. Ansatzpunkte für eine städtische Politik für mehr Elektromobilität sind: Anreize für den Taxi- und Busverkehr sowie für E-Bikes. Wichtig sind auch Maßnahmen zur blindenfreundlichen Ausgestaltung, damit Elektroautos akustisch besser wahrgenommen werden können.

Die wirksamste Form der Elektromobilität ist seit jeher der Schienenverkehr. Wir wollen die Möglichkeiten einer Straßenbahn oder RegioTram für Marburg ohne Vorbehalte prüfen. (siehe Marburg. Klar für Mobilität. Regionaler und überregionaler Schienenverkehr.

Einklang von Mensch und Natur in der Stadt

Grundlage für unsere eigene Lebensqualität ist zugleich die ökologische Vielfalt um uns herum. Deshalb hat der Naturschutz in Marburg zum Beispiel mit der Renaturierung an der Lahn beim

Hirsefeldsteg oder mit der Pflege des alten Truppenübungsplatzes bei Cyriaxweimar eine lange Tradition. Streuobstwiesen, wie im Heiligen Grund von Ockershausen, bieten Vögeln dank Bürgerengagement einen einzigartigen Lebensraum. Und sie laden zugleich zum Spaziergehen ein. Diesen Einklang zwischen Mensch und Natur in der Stadt möchten wir auch weiterhin fördern.

Natur- und Hochwasserschutz Hand in Hand

An der Lahn wollen wir die landschafts- und ortsbildprägenden Auen mit ihrem charakteristischen Gehölzsaum erhalten und die Lahnstudie weiter umsetzen. In festgelegten Bereichen wollen wir die Lahn maßvoll für Veranstaltungen nutzen. Zur Aufwertung der Lahn im Außenbereich prüfen wir die Rückverlegung der Deiche und die Umsetzung von Maßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie. Projekte der Kleinwasserkraft sollen an bestehenden Querverbauungen ermöglicht werden. An unseren Fließgewässern werden wir Schwerpunktprojekte zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in den Bereichen Gisselberg, Allna/Ohm und an der Lahn bei Wehrda verfolgen. Hier werden Synergie-Effekte von Hochwasser- und Naturschutz erzielt. Neben diesen Maßnahmen werden wir dafür Sorge tragen, dass zum Schutz der vorhandenen Wohnbebauung, außer der Pflege und Reparatur auch notwendige Erhöhung von Hochwasserdämmen und Mauern durchgeführt werden.

Unsere Kulturlandschaft

In der Landwirtschaft wollen wir naturschutzfachlich und kulturhistorisch besondere Bereiche erhalten, aufwerten und fördern, wie z.B. Streuobstwiesen im Heiligen Grund, Glatthaferwiesen, Obst- und Heckenstrukturen im Bereich Soldatengraben/Schülerhecke. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die Zusammenarbeit mit den Abteilungen des Landkreises für ländlichen Raum für weitere Projekte in Marburg.

Artenschutz

Arten mit besonderer Bedeutung für Marburg sollten in den Fokus sowohl von Schutzbemühungen als auch der Öffentlichkeitsarbeit gestellt werden. Beispielhaft sind hier zu nennen: Die Fledermäuse im Marburger Schloss und an Gebäuden – besonders in der Oberstadt – sowie in Stollen als Winterquartieren, Mauerritzenvegetation der Oberstadt, Uhu in der Elisabethkirche, Libellen auf den Lahnbergen, Amphibien in verschiedenen Bereichen etc.

Naturnaher städtischer Wald

Der einheimische Wald dient neben dem Zweck der Erholung auch dem Klimaschutz, der Biodiversität und dem Naturschutz insgesamt. Aus diesem Grund soll der im Eigentum der Stadt Marburg befindliche Wald nachhaltiger genutzt und teilweise strenger geschützt werden. Als erster Schritt ist anzustreben, dass ältere und alte naturnahe und artenreiche Waldbestände als Naturwaldparzellen aus der forstlichen Nutzung genommen werden, um Teile der oben genannten Ziele zu erreichen. Rund 10 % Wald soll so in den nächsten Jahren aus der Nutzung genommen werden, bevorzugt im Stadtwald Ockershausen, wo geeignete Bestände vorhanden sind. Insgesamt ist in den übrigen Beständen zu prüfen, ob die Umtriebszeiten vergrößert werden können, um ältere Waldbestände zu erhalten, die ökologisch wertvoller sind.

Umwelterziehung

Wir möchten die Umwelterziehung schon bei den jüngsten Marburger und Marburgerinnen fördern. Dafür können wir auf viele vorhandene Aktivitäten von Ehrenamtlichen und in der Stadtverwaltung setzen.

Soziale Verantwortung mit fairem Handel stärken

Für einen fairen Umgang mit der Natur und einen fairen Genuss von Lebensmitteln muss man weit über den eigenen Tellerrand blicken. Wir sind deshalb stolz in der Stadt des Fairen Handels zu leben. Dass der Einer-Welt-Laden in Marburg ganz zentral am Marktplatz liegt – ist kein Zufall. Initiativen für einen gerechten Handel und zugleich für regionale Produkte möchten wir weiter unterstützen.

Saubere Stadt

Die Deutschen gelten als „Weltmeister der Mülltrennung“ – dennoch gibt es an dieser Stelle noch viel zu tun. Wir sind in unserem kommunalen Handeln dabei abhängig von übergeordneten rechtlichen Rahmenbedingungen, aber unsere Aufgabe vor Ort ist es, kreative Lösungen für die Wiederverwertung zu schaffen – vor allem auch in Kooperation mit lokalen Akteuren.

Gerade in der Oberstadt ist die Sauberkeit der Straßen und Plätze eine Herausforderung. In Abstimmung mit der Oberstadtgemeinde, dem Ortsbeirat und Bürgerinnen und Bürgern vor Ort werden wir uns um Lösungen kümmern.

Lärmschutz

Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger vor Lärm schützen. An bewohnten Straßen kann eine Temporeduzierung auf Tempo 30 km/h die Lärmbelästigung spürbar mindern. Für den Bereich der Stadtautobahn von Cappel bis Wehrda werden wir weiter dafür kämpfen, dass Tempo 80 für PKW und Tempo 60 für LKW endlich angeordnet wird. Darüber hinaus machen wir uns entlang der Stadtautobahn für das ganze Stadtgebiet für den durchgängigen Ausbau von Lärmschutzwänden stark. Wo immer dies wirtschaftlich sinnvoll ist, sollen Lärmschutzwände mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Weiterhin möchten wir im Rahmen des Möglichen alles dafür tun, dass der Traum der Überdachung oder Untertunnelung der Stadtautobahn Wirklichkeit wird. Versprechen können wir die Umsetzung nicht, weil wir dabei abhängig von Bund und Land sind. Wer aber schon aufgegeben hat, daran zu glauben, wird nichts erreichen. Eine Chance bietet sich im Zusammenhang mit der Bewerbung der Stadt Marburg für die Bundesgartenschau 2029.

Unser Plan für Marburg:

- Die Lahn, die Botanischen Gärten, der Schlosspark und die Lahnberge als Naherholungsraum für die Menschen stärken. Die „Stadt am Fluss“ möchten wir weiter ausbauen.
- Für die bessere Erreichbarkeit von Schloss und Schlosspark werden wir Planung und Flächenerwerb zur Umsetzung des Schrägaufzugs vorantreiben.
- Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge
- Luftreinhalteplan voranbringen, Nutzung der Elektromobilität erweitern, eine RegioTram prüfen

- Hochwasserschutz und Wasserkraftnutzung an der Lahn im Einklang mit dem Naturschutz. Besondere landwirtschaftliche Kulturflächen schützen und eine nachhaltige Nutzung und Schutz des städtischen Waldes.
- Umwelterziehung von Kindern und Jugendlichen fördern.
- Neue Konzepte der Wiederverwertung von Müll entwickeln.
- Besserer Lärmschutz durch Tempo 80/60 auf der B3a und durch Lärmschutzwände.
- Weitere Anordnungen von Tempo 30, wo sinnvoll und rechtlich möglich.

Marburg. Klar für Brandschutz, Feuerwehr und Lebensrettung

Die Stadt Marburg als Träger des Brandschutzes ist für das Sicherheitsniveau der Bürgerinnen und Bürger in der Universitätsstadt Marburg verantwortlich und hat für den örtlichen Brandschutz und die allgemeine Hilfe finanziell und organisatorisch zu sorgen. Die Einsatzabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren als eine der tragenden Säulen des öffentlichen Sicherheitssystems nehmen diese Aufgaben in vorbildlicher Art und Weise wahr. Die Aufgabenschwerpunkte der Feuerwehren haben sich im Laufe der Zeit erheblich erweitert und verändern sich ständig aufs Neue.

Finanzieller Ausbau von Ausbildung und Technik

Zu den Pflichten gehören heute neben dem Brandschutz vor allem technische Hilfeleistungen bei Unglücks- und Notfällen, im Gefahrgutbereich und bei der Abwehr von Umweltschäden. Dies alles erfordert besonders qualifizierte Fachleute, die sich in der Brandbekämpfung unter Atemschutz, Unfallverhütung, Erste Hilfe und im Vorbeugenden Brandschutz auskennen. Zudem ist eine technische Ausrüstung erforderlich, die den vielfältigen Aufgaben entspricht und auf dem neuesten Stand ist. Das Land Hessen zieht sich nach wie vor immer mehr aus der zeitnahen finanziellen Verantwortung zurück

Die Marburger SPD ist sich ihrer Verantwortung für die Feuerwehren auch in Zukunft bewusst. Die Marburger SPD steht, wie in all den Jahren zuvor, für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel, um die Ausbildung der Feuerwehren weiterhin zu fördern, sie mit der notwendigen Technik auszustatten und sie in ihrer laufenden Arbeit gemäß den neuesten Anforderungen zu unterstützen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den notwendigen baulichen Anlagen und Einrichtungen für die Feuerwehren. Wir haben uns in der Vergangenheit immer für den Erhalt und die Erweiterung der Hauptfeuerwehrwache in Marburg eingesetzt. Das werden wir genauso in der Zukunft tun. Alle Freiwilligen Feuerwehren Marburgs und Rettungsorganisationen haben eine eigene vorzeigbare Unterkunft erhalten. Wir haben damit unsere Versprechen eingelöst. Bundesweit hat die Feuerwehr im Stadtteil Bauerbach für Schlagzeilen gesorgt, nachdem dort erstmals eine neue Feuerwehr gegründet werden konnte. Die Kameraden dort haben eine funktionale Unterkunft erhalten und sind so gut ausgebildet, dass Einsatzlagen alleine abgearbeitet werden können. Es ist ein toller Beitrag zur Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Marburg, welche wir dankend anerkennen.

Mit der Werkfeuerwehr für das Uniklinikum Gießen und Marburg am Standort Marburg wurde ein zentraler Baustein gelegt, um längerfristig die freiwilligen Einsatzkräfte zu entlasten. Bei einem Einsatzgeschehen kann so eine Erkundung durch die Werkfeuerwehr eingeleitet werden. Zudem wird die gesetzliche Hilfsfrist von 10 Minuten eingehalten.

Die Hessische Landesfeuerweherschule für den Jugendbereich soll in den kommenden Jahren in Marburg erneuert werden. Der Standort Cappel wird grundlegend saniert und für die heutigen Erfordernisse ertüchtigt. Es ist der Rot-Grünen Koalition in Marburg zu verdanken, dass der Standort in Marburg erhalten bleibt und nicht nach Gießen oder Wetzlar verlegt wird.

Um die Rettungsorganisationen und Feuerwehren weiter zu stärken, fordern wir die Umsetzungen von notwendigen Anschaffungen nach den Prioritäten und nach den Vorgaben des fortentwickelten Feuerwehrbedarfs und -entwicklungsplanes – mit Augenmaß und unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten.

Unser Plan für Marburg:

- Verbesserung der Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung für Feuerwehrleute.
- Vermeidung von Nachteilen durch den ehrenamtlichen Einsatz bei Rettungsorganisationen, etwa im Beruf.
- Arbeitgeber als Partner der Feuerwehr gewinnen: Unternehmen profitieren von dem Know-How der freiwilligen Einsatzkräfte und diese wiederum von dem Verständnis ihres Arbeitgebers.
- Verbesserung der Brandschutzerziehung an Schulen und Kindergärten.
- Besondere Unterstützung der Arbeit bei den Kinder- und Jugendfeuerwehren für die Nachwuchsarbeit.
- Erhöhung des Mädchen- und Frauenanteils bei den Kinder- und Jugendfeuerwehren.
- In Zusammenarbeit mit der Hessischen Landesfeuerwehrschule mit ihrem Standort in Marburg wollen wir die Betreuer der Kinder- und Jugendfeuerwehr schulen und entlasten. Jugendarbeit muss attraktiv und zeitgemäß sein, sodass hier Fertigkeiten und Kenntnisse vor Ort erworben und weiterentwickelt werden können.
- Erhalt des Freiwilligenprinzips der Feuerwehr als tragende Säule in Brandschutz, Rettung, Bergung und Sicherung.
- Gesunderhaltung und Wertschätzung der ehrenamtlich Einsatzkräfte
- Austausch zwischen den Feuerwehren fördern – beispielsweise zwischen der Partnerfeuerwehr in Poitiers.

Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeit (Feuerwehr und andere Rettungsdienste)

Den im breiten Konsens erstellten Feuerwehrbedarfs- und -entwicklungsplan wollen wir kontinuierlich an die sich verändernden Gegebenheiten in unserer Stadt anpassen (neue Gefahrenpotenziale, Einwohnerentwicklung, Gewerbestruktur, Entwicklung der Verkehrswege berücksichtigen).

Dabei liegt der Marburger SPD die Zukunft der ehrenamtlichen Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr wie auch bei den anderen im Rettungs- und Katastrophenschutz tätigen Organisationen besonders am Herzen. Die SPD ist ein verlässlicher Partner, der das Freiwilligenprinzip mit all seinen Möglichkeiten unterstützt.

Auch wenn auf Grund der kommunalen Verantwortlichkeit unser Hauptaugenmerk auf der Feuerwehr liegt, wollen wir nach unseren Möglichkeiten auch die anderen Rettungsdienste unterstützen: DLRG, Technisches Hilfswerk, Johanniter und Rotes Kreuz.

Wer zu jeder Tages- und Nachtzeit unter Einsatz von Leben und Gesundheit seine Leistungsbereitschaft zeigt, verdient große Anerkennung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren in Marburg und der weiteren Rettungsdienste in unserer Gesellschaft als Vorbilder anerkannt werden, weil sie sich immer wieder uneigennützig in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

Marburg. Klar für Bewegung

Sport

Die SPD weiß um die Bedeutung des Sports für die Bürgerinnen und Bürger. Sport ist Freude an Bewegung, Spaß und Spannung im Wettbewerb, Begeisterung bei Sportveranstaltungen, ganz gleich ob als Aktiver oder Zuschauer. Den Breiten- und den Spitzensport für alle Bevölkerungsgruppen und in allen Stadtteilen auch in Zukunft weiter zu unterstützen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Schon heute gilt: Sportförderung in Marburg ist dank der Marburger SPD auf Spitzenniveau.

Die Universitätsstadt Marburg fördert den Sport auf vorbildliche Art und Weise. Die rot-grüne Koalition in der Stadtverordnetenversammlung hat in ihren Haushalten der vergangenen Jahre immer wieder erhebliche finanzielle Mittel für die Sanierung der Sportanlagen und die Förderung des Sports zur Verfügung gestellt. Die neuen Sportförderrichtlinien erhöhen die Flexibilität und betonen erneut: besondere Anstrengungen, etwa in der Jugendarbeit, sollen auch besonders gefördert werden.

Die Förderung der heimischen Sportvereine durch die Stadt Marburg schafft wichtige Angebote für die Bevölkerung. Dies geht nur auf der Basis des breiten ehrenamtlichen Engagements in den Vereinen. Im Bereich des Jugendsports kann außerdem durch die Vereinsförderung letztlich eine große Summe gespart werden, die ansonsten im Bereich der Sozialarbeit ausgegeben werden müsste. Denn unsere Vereine mit ihren ehrenamtlichen Kräften machen aktive Sozialarbeit und geben Jugendlichen sinnvolle Betätigungsfelder und Freizeitangebote.

Die Marburger SPD hat mit der Ausrichtung der ersten Landesspiele der Special Olympics in der Universitätsstadt Marburg gezeigt, dass Sport ein Ereignis für jede und jeden ist – ob mit Handicap oder ohne. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder die gleiche Teilhabe an sportlicher Betätigung und damit am öffentlichen Leben bekommen kann.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Vereine in der SPD einen guten Partner haben, der sich für ihre Belange einsetzt.

Insbesondere im Bereich des Georg-Gaßmann-Stadions kann man die Entwicklungen der letzten Jahre begutachten.

- Die Georg-Gaßmann-Halle wurde saniert, um die geforderten Standards der Damen-Basketball-Bundesliga für das Team des BC Pharmaserv Marburg sowie für Spiele der Basketball-Nationalmannschaft der Damen zu erfüllen.
- Für die Ballsportfreunde Richtsberg wurde ein neuer Kunstrasenplatz geschaffen.
- Ein weiterer Baustein ist der neue Kunstrasenplatz für die Hockeyabteilung des VfL Marburg, der so ausgestattet wurde, dass er gleichzeitig für die Blindenfußballabteilung der Sportfreunde Blau-Gelb genutzt werden kann.
- Nach dem Ausbau der Sporttribüne und Schaffung von Räumlichkeiten für das Mädchen-Basketball-Leistungszentrum wurde auch die Laufbahn des Stadions saniert, um internationale Leichtathletikwettkämpfe wie den Thorpe-Cup in Marburg zu ermöglichen.

Neben den Anlagen in der Kernstadt haben wir auch den Ausbau der Sportanlagen in den Stadtteilen gefördert:

Die Sportplätze der Sportfreunde Blau Gelb Marburg am Zwetschenweg, der Vereine in Bauerbach, Schröck und Michelbach konnten wir zu Kunstrasenplätzen umwandeln, so dass nun hier ganzjährig bespielbare Fußballplätze für die ganze Stadt geschaffen wurden.

Die SPD hat maßgeblich auch den Ausbau von Vereinsheimen unterstützt. Mit dem Sportentwicklungsplan erkennen wir einen Bedarf an gedeckten Sportflächen in Marburg an, wo wir gemeinsam mit Vereinen und Schulen nach einer zufriedenstellenden Lösung arbeiten. Die Ballsporthalle in der Frauenbergstraße und die Sanierung der Sporthalle auf dem Richtsberg zeigen, dass die SPD formulierte Ziele schrittweise umsetzt und so ein verlässlicher Partner für die Bürgerinnen und Bürger in den zahlreichen Vereinen ist.

Ein weiterer Baustein in der Umsetzung des Sportentwicklungsplanes ist der Architektenwettbewerb für die Sporthalle in der Leopold-Lucas-Straße, die mehrere Funktionen vereinen wird. Doch auch jenseits von Großprojekten wie der Sanierung von Sporthallen oder Kunstrasenplätze arbeiten wir auch in Zukunft daran, die Empfehlungen des Sportentwicklungsplans umzusetzen.

Sportförderung der Zukunft muss neben der finanziellen Unterstützung der Vereine, der Sanierung und dem Neubau von Sportstätten auch die sich wandelnde Gesellschaft berücksichtigen. Die Ausweitung der Schulzeiten (Ganztagsschule) führt zu Veränderungen in den Möglichkeiten sportlicher Aktivitäten von Jugendlichen wie der Nutzung der Hallen. Alte Menschen wollen sportlich aktiv bleiben. Neue Sportarten finden Anklang. Sport dient zudem immer mehr der Gesundheitsförderung und auch der gesellschaftlichen Integration. Hierfür müssen unsere Sportstätten fit gemacht werden, aber auch die Vereine, um diese Anforderungen umsetzen zu können.

Unser Plan für Marburg:

- Gestaltung der Sportförderung und des Neubaus und der Sanierung von Sportstätten entlang des Sportentwicklungsplans.
- Verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen und von Behinderten bei der Gestaltung der Sportangebote und der Ausstattung der Sportstätten
- Erhalt und Schaffung weiterer Bewegungsräume für Menschen jenseits abgegrenzter Sportanlagen. Dies ist für die Zukunft eine wichtige Erkenntnis aus dem Sportentwicklungsplan
- Entwicklung von attraktiven Sportangeboten in Wohnquartieren – denn Sport soll vor Ort möglich sein und nicht nur in zentralen Sportanlagen.
- Der Schulsport ist für die SPD ein wichtiges Anliegen, so dass wir hier in Zusammenarbeit mit den Marburger Schulen Stundenausfall vermeiden wollen.
- Nutzbarmachung öffentlicher Räume für Bewegung und Sport zusätzlich zu den klassischen Sportstätten. Sportliche Betätigung beschränkt sich nicht mehr auf Stadien, Hallen und Schwimmbäder. Die ganze Natur ist mit den zahlreichen Feld-, Wald-, Wander- und Radwegen ein „Sportraum“, den es zu entwickeln gilt.
- Mehr Teilhabe am Sport: Mit dem Programm „Five“ und dem neuen Programm MaBison sollen Kinder aus sozial schwächeren Verhältnissen und auch Kinder mit Handicap die Möglichkeit bekommen, Sport in Vereinen ausüben zu können.
- Das Wehrdaer Bad wollen wir langfristig vor allem als Schul- und Vereinsbad neben dem AquaMar erhalten.
-

-
- Verbesserte Steuerung im Spitzensport: Die SPD fördert diese Steuerung durch neue Sportförderrichtlinien, um die zukünftige Förderung von Leistungszentren verbessern zu können. Damit ist ein wichtiger Eckpfeiler der Förderung des Spitzensports entstanden.
 - Qualifizierung von Übungsleitern – eine besondere Aufgabe, die zusammen mit dem Sportkreis ausgebaut werden soll.
 - Eine Sportplattform soll Vereine mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt bringen. Die bereits bestehenden Anknüpfungspunkte mit der Freiwilligenagentur oder der Vereinsmesse möchten wir fördern und entwickeln.
 - Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Sportanlagen von den örtlichen Sportvereinen weiterhin kostenlos genutzt werden können.
 - Der Vergleich mit anderen Kommunen zeigt, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist. Wir wollen aber das Spitzenniveau des Sports in Marburg auch in Zeiten knapper Kassen aufrechterhalten und sportliche Aktivitäten für alle Menschen in der Stadt ermöglichen. Dafür steht die Marburger SPD.